

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.

„Tagblatt-Ges.“

Erstausgabe des Morgens bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Verantwortlicher:

Verlag (Expedition) 2953, Redaktion 52, Zentralfertigung 2266. Ausgabe von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 50 Pfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Frangobahn. 2 Mt. 50 Pfg. vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Postgebühren. — Bezugs-Bestellungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die 5 Zweigstellen, sowie die 131 Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Wiesbaden die dortigen 26 Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigenpreis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Meiner Anzeiger“ in einheitlicher Spaltenform; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mt. für lokale Anzeigen; 2 Mt. für auswärtige Anzeigen. Ganze, halbe, dritte und vierte Zeilen, durchlaufend, nach beiderseitiger Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unversäuberter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigenannahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags.

Für die Aufnahme später eingereichter Anzeigen in die nächstfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 291.

Wiesbaden, Samstag, 26. Juni 1909.

57. Jahrgang.

Morgen-Ausgabe.

1. Blatt.

Für das 3. Quartal 1909

auf das

„Wiesbadener Tagblatt“

Bezugspreis 1 Mt. 50 Pfg. vierteljährlich

abonnieren, findet sich Gelegenheit

im Verlag „Tagblatt-Haus“ Langgasse 27.

in den Zweigstellen der Stadt,

in den Ausgabestellen der Stadt und Nachbarorte,

und zum Bezugspreis von 2 Mt. 50 Pfg. vierteljährlich

bei sämtlichen deutschen Reichspostanstalten.

Zum Sieg des Antiblocks.

Unser Berliner L-Korrespondent schreibt noch zum Siege des Antiblocks:

Die Mehrheit nutzte ihren Sieg bis zur letzten Möglichkeit aus. Paragraph auf Paragraph fiel zum Opfer, und auch Einleitung und Überschrift der Vorlage wurde schließlich abgelehnt. Das will sagen, daß die Mehrheit keine dritte Lesung zulassen wollte. Nach der Geschäftsordnung kann ein abgelehnter Gesetzentwurf in die dritte Lesung auch dann kommen, wenn in der zweiten Lesung nichts als eben Einleitung und Überschrift übrig geblieben ist. Dies, wie gesagt, sollte diesmal verhindert werden, und so ist denn die Situation allerdings hinreichend geklärt, insofern es sich um die Parteikonfession im Reichstag handelt. Der Antiblock wird jetzt alle Steuervorlagen so annehmen, wie es ihm nach den Kommissionsbeschlüssen beliebt und wie er es nach seinem Stärkeverhältnis vermag. Die zweite Lesung aller Steuervorlagen wird also damit endigen, daß dem Bundesrat 500 Millionen neuer Steuern angeboten werden, und dann wird es sich darum handeln, was zwischen der zweiten und der dritten Lesung geschehen soll. Hier sind immer noch verschiedene Möglichkeiten offen. Es ist denkbar, daß der Bundesrat das Angebot der Mehrheit ablehnt, weil in dem Steuervorlage die Erbschaftsteuer fehlt, und namentlich weil die in der zweiten Lesung beschlossene Kotierungssteuer für unannehmbar erklärt worden ist. Aber diese Möglichkeit ist nicht mehr so wahrscheinlich, wie sie gelten konnte, solange die jetzt getroffene Entscheidung nicht gefallen war, denn es ist zu berücksichtigen,

daß die Einfügung der Erbanfallsteuer in das Steuerbucquet immer nur von dem Fürsten Bülow für seine Person als unumgängliche Bedingung bezeichnet worden ist, während die Reden der Einzelstaatsminister die Schärfe ihrer sachlichen Argumente lediglich gegen die Kotierungssteuer gerichtet hatten. Nun haben aber die Redner der Mehrheit wiederholt erklärt, daß sie bereit seien, an einer Umarbeitung der Kotierungssteuer mitzuwirken. Geschieht das, so könnte es schließlich wohl sein, daß der Bundesrat erklärt, die veränderte Kotierungssteuer sei annehmbar. Damit wäre es denn aber sicher, daß Fürst Bülow zurücktreten würde. Das große Ereignis kann sehr schnell eintreten, es kann aber auch sein, daß erst die Durchberatung der gesamten Steuervorlagen abgewartet wird. Jedenfalls weiß Fürst Bülow jetzt, daß die Konservativen mit ihm nicht mehr arbeiten wollen. Nun gibt es freilich immer noch Beurteiler die nicht glauben wollen, daß das konservativ-liberale Kartell imstande sein werde, aus eigenem Machtbelieben eine entscheidende Wendung der inneren Politik herbeizuführen. Diese Beobachter können sich nicht vorstellen, daß der Kaiser sich eine Politik aufzwingen lassen möchte, die er nach seiner innersten Empfindung zweifellos ablehnt. Inzwischen hat es keinen Zweck, jetzt dies und das zu erwägen, auf die Tatsachen und die Laten wird es ankommen.

Keine Reichstagsauflösung.

H. K. Berlin, 25. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatt.“) Unser Berliner H. K.-Korrespondent drahtet uns: An maßgebender Stelle wurde mir soeben folgendes erklärt: An eine Reichstagsauflösung ist nicht zu denken. Es heißt sogar, man habe ernstlich überhaupt noch nicht daran gedacht, denn das Ergebnis von Neuwahlen sei sehr unbestimmt und ob ein etwaiger neu gewählter Reichstag aktionsfähiger sei für das Steuerprogramm der Regierung, sei sehr zweifelhaft. Der Reichskanzler werde zunächst die dritte Lesung abwarten und sehen, daß er da noch möglichst Schäden für Handel und Industrie bei den einzelnen Steuervorlagen abwenden könne. Die Liberalen würden gut tun, wenn sie ihn darin unterstützen. Wäre die dritte Lesung abgeschlossen, so stände der Reichskanzler mit samt dem Bundesrat dann vor der Frage, ob er das Ganze annehmen kann. Ich hatte ferner den Eindruck, daß der Reichskanzler die Liberalen, denen er ja versprochen hat, daß

er mit ihnen die Reform machen würde, damit trösten will, daß er möglichst versucht, noch die Schäden von Industrie und Handel abzuwenden. Er hofft sicher, daß ihm dies einigermaßen gelingen wird, und wie es scheint, sind auch die Konservativen und Liberalen zu gewissen Zugeständnissen hinsichtlich der Kotierungssteuer bereit. Die Frage einer Demission Bülows ist höchstens die Frage späterer Wochen, denn unmittelbar nach Reichstagsbeschlüssen ist bisher in Deutschland noch keine Ministerdemission erfolgt. Auch der geänderte Novemberkurs würde dem Parlament vorläufig noch keinen durchschlagenden Einfluß auf die Besetzung der Ministerien lassen. Bülow würde höchstens gehen, wenn ihm von den National Liberalen zu sehr die Reputation im Volke untergraben und wenn das Zentrum im Laufe der nächsten Monate zu sehr verfallen würde, ihm den Fuß auf den Nacken zu setzen. Aber erst in späteren Monaten könne eine solche Entwicklung der Dinge in Frage kommen.

Bülow und Sydow.

Ob es so kommen mußte, wie es gekommen ist, fragt Kaumann in einem Artikel seiner „Hilfe“ über die Lage des Augenblicks und kommt zu einem unterschiedenen „Rein“:

„Dieser Zustand war an sich nicht notwendig; er ist eine Folge der Schwäche des Reichskanzlers und seines finanziellen Staatssekretärs, von denen der eine Generalideen besitzt, aber keine finanziellen Spezialkenntnisse, und der andere zwar Spezialkenntnisse, aber keine Ideen, wie man es machen soll. Bülow und Sydow zusammen sind keine Führung. Deshalb machen sie sich zweifellos jetzt schon gegenseitig innerlich Vorwürfe, weil jeder glauben wird, daß der andere die Sache hätte retten können, wenn — der andere ein anderer Mann gewesen wäre. Bei Bülow hört alle Welt zu, aber erfährt finanziell nichts Neues, und bei Sydow wird nicht zugehört, nicht weil er unflug wäre (das ist er keineswegs!), sondern weil der innere Zwang eines überzeugten starken Willens nicht von ihm ausgeht. Der Schiffbruch der bisherigen Mehrheit liegt also ebenso in der Schiffskonstruktion begründet, wie in den Personen des Kapitäns und des Steuermanns.“

Wenn heute der Mann schon hinter der Tür stände, der den Fürsten Bülow ablösen könnte, so würde die Entwicklung aller dieser Dinge sich schneller vollziehen. Es fehlt der Nachfolger! Das war und ist die beste Lebensversicherung des gegenwärtigen Kanzlers. Er hat wohl gelegentlich selbst mit dazu ge-

Fenilleton.

Schlusswort zu einem alten Kapitel.

Von R. Köpfer.

Als ich es zu schreiben begann mit jenen Versen, die in einer Sprudelfestung vorgetragen, die Misere der öffentlichen Kunstpflege in Wiesbaden humoristisch beleuchteten und zu ihrer Klärung den alten seligen Engelmann vorführte, wie er in den „Räumen“ der „Königlichen Bildergalerie“ gemütlich sein duftendes Schweinsrippchen mit Sauerkraut verzehrte, da war ich noch ein Mann von harmloserer Hoffnung, fröhlicherer Zuversicht wie heute, da war die Stadt kaum halb so groß, nicht den zehnten Teil so elegant und prunkvoll, da wimmelten die Millionen noch sehr spärlich in den Kuranlagen herum, da waren diejenigen, die die Pflege der bildenden Kunst für eine öffentliche Angelegenheit, für eine ideale Pflicht großer, gebildeter Gemeinwesen hielten, noch sehr dünn gesät, viel dünner noch wie heute, wo sie im großen Ganzen hierzulande auch noch zu zählen sind — kurz, ich war damals noch etwa vierzig Jahre jünger. Ein mittleres Menschenalter ist also seitdem dahingegangen. Mit dem zusehends wachsenden Optimismus der Jugend, der mich damals noch, namentlich in dieser Sache hob und trug, schrieb ich dann gelegentlich meine längeren oder kürzeren Fortsetzungen des begonnenen Kapitels, lange Jahre ohne einen anderen Erfolg als das gelegentliche „Sehr wahr!“ eines Mitfühlers, und heute — obgleich die Museumsfrage, mit der die Pflege der bildenden Kunst in Wiesbaden leider auf das unumstößlichste verknüpft und verquickt ist, mit allem drum und dran vom preussischen Staat an die Stadt übergegangen ist — heute ist die Misere da unten im Wiesbadener „Bildersuppen“, das Schweinsrippchen des alten Engelmann vielleicht ausgenommen, noch genau dieselbe wie vor vierzig Jahren! . . . Dieselbe? Nicht doch, das hiesse sie verschönern, idealisieren — sie, die damals schon eine Jämmerlichkeit war, ist heute, inmitten all der Pracht, des Prunks und Reichtums, die in den vierzig Jahren in Wiesbaden sich entfaltet haben, inmitten alles dessen, was in so vielen Städten das aufblühende Verständnis auf diesem Gebiete während dieser Zeit geleistet hat, ein jedem Gebildeten in die Augen springender, sagen wir „naive, unwürdiger Zustand Wiesbadens“ geworden.

Gründe der Entschuldigend für die scheinbar unterschätzende Würdigung dieses Zweiges der höheren, geistigen Kultur sind freilich vorhanden, und der Willigenende wird sie mehr oder minder willig gelten lassen müssen. Gaben doch die zahllos auf sie herandrängenden, unabweisbaren Bedürfnisse im Laufe all dieser Jahre die so rapide sich entwickelnde Stadt kaum zu Atem kommen lassen, und noch heute kämpft sie unter diesem Ansturm. Und wenn es nicht um billige Kritik, sondern um gerechte Würdigung zu tun ist, der wird, wenn er objektiven Blickes alles, was in verhältnismäßig so kurzer Zeit in Wiesbaden geschaffen, gestaltet, ins Leben gerufen wurde, überschaut, aufrichtig sagen müssen, daß es im Gegensatz zu dem, was war, bewundernswürdig ist, ja, an Großartigkeit seinesgleichen sucht. Der gebildete Fremde freilich, der keine Vergleiche zwischen einst und jetzt zieht, kommt, steht und nimmt den Eindruck der Rückständigkeit auf diesem Gebiet, die er in einer so glänzenden Stadt nicht erwartete und ihr nicht vergibt, mit in die Welt hinaus.

So stehen die Sachen, und es fragt sich, wie lange sollen sie noch so stehen? . . .

Die Stadt Wiesbaden hat, wenn überhaupt irgend eine, mit den Künsten zu rechnen. Sie gehören zu ihrem Organismus, sind Lebensglieder, ohne die sie sich vielleicht in die Breite, nicht aber in die Höhe entwickeln, nicht die Vollendung erreichen kann, zu der sie ihrer ganzen Veranlagung nach berufen ist. Diese auf der Hand liegende Wahrheit, die ja auch für alle Künste mit Ausnahme der bildenden längst ihre praktische Anerkennung gefunden hat, beginnt nun doch auch in bezug auf diese, so scheint es, langsam zwar und schwer genug, sich allmählich durchzusetzen und mehr und mehr an Geltung zu gewinnen, wie es angesichts der neueren Erscheinungen, des ganzen Juges der modernen Zeit nicht anders sein kann. Was ich in jenen Tagen primitivster Anfänge vorher sagte, ist allmählich eingetroffen: eine Reihe von Künstlern hat sich bereits hier niedergelassen und ein reges Kunstleben und Streben ist in der Entwicklung begriffen. Ist nun dieses aufblühende neue Leben nicht aller Beachtung wert? Ich dachte, es wäre für die einsichtsvolle gebildete Einwohnerschaft einer reichen Hunderttausendstadt in ihrem eigenen höheren Interesse geboten, dieses Leben mit Begeisterung zu begrüßen, es mit allen Mitteln zu unterstützen und ihm eine feste, bodenständige Heimat hier zu gründen. Die Großzügigkeit, die sie auf anderen Gebieten mehrfach gezeigt, die sie an sechs Millionen auf ein einziges

Haus verwenden ließ, sollte sie diesem einzigen Element gegenüber verhalten, oder sollte die Heiligkeit nicht vorhanden sein, diesen bedeutenden Faktor ihrer Anziehungskraft, ihrer Noblesse, ihres Glanzes richtig einzuschätzen? Sollte sie nicht einsehen, daß wir hier vor einer hochzuwertenden, weittragenden Sache stehen, einer Sache, die für die Zukunft der Stadt von größter Bedeutung ist?

Ich richte diese Worte mit Vorbedacht nicht an die Stadtausgänge, sondern an die Gesamtheit ihrer gebildeten Einwohner, denn sie ist der Boden, in dem jede derartige gute Saat erst Wurzeln geschlagen haben muß, um unter der pflegenden Gärtnerei der Berufener auf Blüten und Gediehen rechnen zu können. Die Gesamtheit muß erst von dem Gedanken durchdrungen sein, daß dieses neue Reich, das an dem stolzen Baum ihres Gemeinwesens sich zu entwickeln beginnt, nicht etwa ein wuchernder Parasit ist, sondern naturgemäß aus seinem inneren Lebensstern herausprosst, um seinen Gipfel mit den edelsten Blüten zu krönen. Wenn die Gesamtheit aber einmal von diesem Gedanken durchdrungen ist, dann werden die Schwierigkeiten, die fleischlichen Wenn und Aber, die sich der Forderung widersetzen, in den armeneligen, unwürdigen Verhältnissen der öffentlichen Kunstpflege gründlich Wandel zu schaffen, zerfallen wie Spreu im Wind, und das zu diesem Zweck nötige Geld wird als eine Bagatelle erscheinen, die es nicht nur im Verhältnis zu anderen Aufwendungen, sondern an und für sich auch wirklich ist.

Was soll denn nun werden? Im landläufigen Bewußtsein dreht sich's bloß um die einfache Frage, eine zweckentsprechendere, auskömmlichere, vielleicht auch der Stadt würdigere Unterkunft zu schaffen für die früher dem Staat, jetzt der Stadt gehörige Gemäldesammlung, die von dem Kassauischen Kunstverein, dem alten, im berühmten Jahr 48 geborenen, angefallenen Vertreter der öffentlichen Kunstpflege in Wiesbaden neben seiner permanenten Ausstellung verwaltet wird. Alle Gedanken, außer den meinigen, die über das Thema in längeren oder kürzeren, verständigeren oder unverständigeren Ausführungen an die Öffentlichkeit gelangt sind, gehen meine: Wissen nicht über diese landläufige Anschauung hinaus um Knäpfe, auf dem Altgewohnten, Herkömmlichen fußend, die Erledigung der Gesamt-„Schausammlungsfrage“ an der Neubau des Museums. Ja, wenn wir es bei der Abwicklung Kunst lediglich mit einer abgeschlossenen historischen oder auch noch

holfen, daß der Nachfolger fehlt, indem er bei seinem eigenen Aufstieg Steine nach unten rollen ließ. Wasadowsky ist ausgeschieden, v. d. Goltz ist in Türken dienst zurückgekehrt, v. Wedel will nicht — man kann nicht wissen, wer etwa in die kleine Liste auf dem Privatlich des Kaisers eingezeichnet ist oder war, jedenfalls fehlt den Parteien des Reichstags jede bestimmte Vorstellung, wer der Ministerpräsident der neuen Mehrheit sein könnte. Nach rein parlamentarischen Grundsätzen mußte jetzt ein Zentrumsmann vorrücken. Das wäre das Klarste und sachlich Beste, denn wenn einmal das Zentrum regiert, soll es auch Ehre und Verantwortung tragen. Aber das will das Zentrum nicht, und das tut der König von Preußen nicht. Wir sind eben noch kein parlamentarischer Staat, es ist aber sehr wahrscheinlich, daß bis hoch hinauf jetzt der Wunsch sich regt, daß man es sein könnte, nur um aus einer unentwirrbaren Lage herauszukommen. Fürst Bülow sitzt inzwischen und wartet, was sich ergibt, und denen, die ihn fragen, wie es ihm geht, antwortet er mit vergnügter Lebhaftigkeit: recht gut, wirklich ganz ausgezeichnet! Diese Haltung gehört zur hohen persönlichen Kultur, die ihn zu einer ästhetischen Freude macht, selbst dann, wenn politisch von ihm nicht mehr viel zu holen ist.

Klarheit.

Zur Ablehnung der Erbschaftsteuer schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

Die Niederlage, die heute die Linke des Reichstags bei der Abstimmung über die Erbschaftsteuer erlitten hat, gehört zu denen, durch die dem Unterlegenen nur neue Kräfte zu größeren zukünftigen Siegen erwachsen können. Seit Monaten war die Erbschaftsteuerfrage zum Angelpunkt nicht nur der Reichsfinanzreform, sondern der gesamten politischen Lage geworden; hier schieden sich die Geister, und es mußte sich zeigen, ob im Deutschen Reich extrem-reaktionäre Tendenzen, gegen die es nur erbitterten Kampf geben kann, heute noch stark genug sind, sich gegen die klarsten und dringendsten Staatsnotwendigkeiten durchzusetzen, oder ob in diesem Lande bei einer fundamental politischen Aktion wenigstens eine bescheidene fortschrittliche Gesinnung Betätigungsräume findet. Die Entscheidung ist heute zugunsten eines aus Konservativen, Zentrum und Polen zusammengesetzten Reaktionsblocks gefallen; mit 194 gegen 186 Stimmen hat dieser Block die Erbschaftsteuer zu Fall gebracht, und er hat seine Arbeit so gründlich getan, daß kein Rest des Entwurfs übrig geblieben ist, der in die dritte Lösung hätte gerettet werden können. Die Erbschaftsteuer ist damit definitiv gescheitert. Bei allem Bedauern über die sachliche Bedeutung dieses Beschlusses wird doch ein Gefühl tiefer Erleichterung durch das Volk gehen, daß es endlich zu einer so überraschend radikalen Entscheidung gekommen ist. Das zermürbende Hin und Her eines unerträglich in die Länge gezogenen Verhandels hat nun ein Ende, und es ist Klarheit darüber geschaffen, daß die politischen Kämpfe der nächsten Zeit sich darum drehen werden, einem rücksichtslos seine Interessen verfolgenden Agrarierum die Herrschaft zu entreißen. Die Linke kann diesen Kämpfen getrosten Mutes entgegengehen, denn sie hat nicht nur die gute Sache, sondern heute bereits die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Die Parteien, die im Reichstag gegen die Erbschaftsteuer gestimmt haben, vertreten nur eine Minderheit von Wählern,

und lediglich eine aller Gerechtigkeit hochnisprechende Wahlkreiseinteilung hat ihnen die Mehrheit im Parlament verschafft. Außerdem regt sich gegen die Abgeordneten im Lande seit Monaten in den Reihen der eigenen Parteifreunde eine starke und stetig wachsende Opposition, während die Anhänger der Erbschaftsteuer ihre Wähler in ungemöhnlicher Geschlossenheit hinter sich haben. Das Ergebnis der heutigen Abstimmung wird diese Geschlossenheit noch außerordentlich stärken und die allgemeine Kampfesstimmung mächtig anfeuern.

Die Klarheit, die die heutige Reichstagsitzung gebracht hat, hört erst auf bei der Frage: was werden Kanzler und Bundesrat tun? Es würde sicherlich den Gefühlen vieler Volksfreunde entsprechen haben, wenn die Regierung die Antwort auf die Ablehnung der Erbschaftsteuer sofort gegeben hätte. Mag die Regierung nun aber auch ihre letzten Entschlüsse bis zur dritten Lesung vertagen, so kann an der Situation doch nichts mehr Entscheidendes geändert werden. Fürst Bülow kann das Misstrauensvotum, das ihm heute erteilt worden ist, nicht hinnehmen, ohne den letzten Rest von Reputation zu verlieren und sich mit seinen feierlichen Erklärungen vom letzten Mittwoch in Widerspruch zu setzen. Seine schwankende und passive Haltung während langer Monate hat zum guten Teil den jetzigen Mißerfolg verschuldet, und er mag es jetzt bitter empfinden, daß die Methoden eines lässig-schwächlichen politischen Systems sich nun doch an dem Urheber dieses Systems selbst rächen, der sich mit lächelnder Miene so oft aus gehäuften Schwierigkeiten herausgerettet hatte. Wie dem auch sei, von heute ab gibt es für den Fürsten Bülow nur eine Wahl: zurücktreten oder mit Zustimmung des Bundesrats den Reichstag aufzulösen. Eine Auflösung würde im Volk den lebhaftesten Widerhall finden, aber sie würde eine Energie zur Voraussetzung haben, die man bisher bei der Regierung schmerzlich vermißt hat. Man wird abwarten müssen, ob Kanzler und Bundesrat die Kraft zu einer Reichstagsauflösung gegen Konservative und Zentrum finden werden.

Die Getreideteuerung.

Der Reichskanzler hat sich bereit erklärt, die Notstandsinterpellation vom 30. d. M. ab zu beantworten, und es ist also anzunehmen, daß sie noch in diesem Arbeitsabschnitt des Reichstags auf die Tagesordnung gelangt. Das schließliche Ergebnis der Reichsfinanzreform und speziell das Verhalten der Konservativen wird vielleicht nicht ganz ohne Einfluß auf den Ton sein, in dem der Vertreter der Regierung auf die sozialdemokratische Anfrage eingehen wird. Soviel aber scheint uns heute festzusehen, daß auf ein wirklich praktisches Entgegenkommen gegenüber den in der Interpellation gegebenen Anregungen kaum zu rechnen sein wird. Selbst wenn die Regierung durch die Verhältnisse in einen scharfen Gegensatz zur Mehrheit gedrängt werden sollte, ist nicht anzunehmen, daß sie aus ihrer agrarischen Haut herausfahren und die Notwendigkeit ernstlicher Maßnahmen gegen die Lebensmittelteuerung anerkennen würde. Gewisse Verlautbarungen, die sich hier und da in der Presse finden, erlauben auch schon eine Mutmaßung über die Art und Weise, wie sie versucht wird, sich aus der Affäre zu ziehen.

Die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“, ein Organ, das die Interessen der schweren Industrie und daneben, oder besser gesagt, eben deswegen auch die des Agrarierums vertritt, geficht zu, daß die Getreidepreise gegenwärtig einen unerwünscht hohen Stand erreicht haben, meint aber, daß der Hochstand die Folge nicht der bei uns und anderswo bestehenden Zölle, sondern eine Reihe schlechter Weltmarkten sei.

Das ist durchaus zutreffend und wird von keiner Seite in Abrede gestellt. Die Zölle haben nicht die gegenwärtige Preissteigerung an sich hervorgerufen, wohl aber tragen sie in Verbindung mit dem Einfuhrzollsystem die Schuld daran, daß der Weizen bei uns im Preise beträchtlich höher steht als auf dem Weltmarkt.

Nun bestreitet aber des weiteren das genannte Organ die Zweckmäßigkeit einer Aufhebung der Zölle mit der Befauptung, daß sie ein außerordentlich scharfes Emporschnellen des Weltmarktpreises im Gefolge haben würde. „Denn“, so begründet es seine Meinung, „die Aufhebung des Ausfuhrzollses bei uns würde sofort eine vermehrte Nachfrage Deutschlands hervorrufen, und das hätte bei der heutigen Situation nur die Wirkung, den Weltmarktpreis empfindlich zu steigern.“

In dieser Argumentation liegt ein sehr bemerkenswertes Zugeständnis. Das nämlich, daß in der Tat zurzeit das Angebot an Getreide in Deutschland der Nachfrage nicht entspricht, d. h., daß ein Unterkonsum vorhanden ist. Wenn die Aufhebung der Zölle die Wirkung haben kann, daß der Weltmarktpreis infolge der gesteigerten deutschen Nachfrage so beträchtlich in die Höhe geht, so muß doch wohl durch die gegenwärtige Preisgestaltung ein Druck auf die Nachfrage ausgeübt werden, der sicherlich nicht im Interesse des Volkswohles liegen kann. Des weiteren aber würde also auch nach der Auffassung der „Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ die Ermäßigung des Getreide- und Brotpreises die nächste Folge einer Aufhebung der Zölle sein, und auch diese Feststellung ist nicht ganz ohne Wert gegenüber der von agrarischer Seite häufig wiederholten Behauptung, daß die Zölle den Preis eigentlich gar nicht oder in kaum nennenswerter Weise beeinflussen.

Ohne Zweifel aber übertreibt die „Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz“ auf jeden Fall. Heute ist der Weizenpreis in Deutschland höher als der Weltmarktpreis plus Zoll. Eine Aufhebung unserer Zölle würde den Weltmarktpreis allerdings um einen gewissen Prozentsatz steigern, sicher aber nicht so stark, daß in Deutschland die heutige Höhe auch nur annähernd wieder erreicht würde. Die Regierung wird also gut tun, sich nach anderen Argumenten umzusehen. Wir fürchten allerdings, daß sie nicht viel stichhaltiger sein werden als das eben erwähnte.

Deutsches Reich.

AV. Die 9. Hauptversammlung des Leipziger Ärzteverbandes wurde am 24. Juni in Lübeck vom 1. Vorsitzenden Herrn Dr. Hartmann in Leipzig in Anwesenheit der Vertreter fast sämtlicher Sektionen eröffnet. Nach dem Bericht des Generalsekretärs Kuhns ist die Mitgliederzahl des Verbandes auf 2240 gestiegen. An die Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat schloß sich der Hauptpunkt der Tages-

ordnung: über die Augenblicke vorliegt, u. Beförderung lassen weit Veränderungen Reichsverschiedlich er und neue freien Arztsich die Leistungspllichten kommen, Pflichtverletzungen wurde stimmig über einer die hierauf die

Der von Max Reinhardt geführten Regie ist der Vorwurf nicht zu ersparen, daß in verschiedenen Szenen, namentlich des dritten und vierten Aufzuges, das Spiel etwas schleppend und die Pausen zwischen den einzelnen Bildern zum Teil unerträglich lang waren. Ich halte den Gedanken, die Hamlet-Tragödie, wie es bei der uns gestern vorgeführten Einrichtung der Fall war, in siebzehn Bildern einzuteilen und hinter jedem einzelnen Bilde die Gardine sich schließen zu lassen, für durchaus verwerflich und mindestens bei Benutzung der zweiteiligen Künstlertheaterbühne für ganz unangebracht. Wenn, genau wie bei der Shakespearebühne unseres Hoftheaters, abwechselnd auf delorierter Hauptbühne und vor dem einfachen Kastenvorhang gespielt wird, darf nach den Grundsätzen des Künstlertheaters der Vorhang überhaupt nur nach Akttschlüssen in Aktion treten. Die szenische Ausstattung Fritz Erlers schuf dem Auge des Zuschauers hinreichend schöne Gemälde von herauschender Farbenpracht; nach meinem Empfinden waren sie zu farbig und glühend und stimmten deshalb oftmals nicht zu dem schwermütig-düsteren Gesamtton des Dramas.

Hans Wege.

* Wie Darwin über göttliches Walten dachte, ergibt sich aus einem Brief, den er an einen holländischen Studenten schrieb. Es heißt darin: Es ist unmöglich, Ihre Frage kurz zu beantworten; und ich bin nicht sicher, ob ich es tun könnte, selbst wenn ich ziemlich lang schriebe. Ich will nur sagen, daß die Unmöglichkeit, sich vorzustellen, daß dieses großartige und wunderbare Weltall mit uns bewußten Wesen durch bloßen Zufall entstanden sei, mit der Hauptbeweisgrund für die Annahme der Existenz Gottes zu sein scheint; ob dies aber ein Beweisgrund von wirklichem Werte ist, bin ich niemals imstande gewesen zu entscheiden. Ich weiß sehr wohl, daß, wenn wir eine erste Ursache annehmen, unser Geist doch noch darüber grübelt, zu erfahren, woher sie kam und wie sie entstand. Dabei kann ich aber auch die Schwierigkeit nicht übersehen, welche das ungeheure Maß von Leiden in der Welt darbietet. Ich werde mich dazu gedrängt, mich bis zu einem gewissen Grade vor dem Urteil der vielen vorzüglichen Männer zu beugen, die völlig an Gott geglaubt haben; aber ich sehe gleich hier wieder, was das für ein schwacher Beweisgrund ist. Der sicherste Schluß scheint mir der zu sein, daß der ganze Gegenstand jenseits des Auffassungsvermögens des Menschen liegt. Der Mensch kann aber seine Pflicht tun.

zufestive zu vermehrenden Bilderansammlung zu tun hätten, dann wäre dagegen auch nur wenig einzuwenden. Aber das ist des Pudels Kern eben nicht! Es handelt sich nicht darum, eine Gemäldesammlung, hübsch säuberlich registriert und katalogisiert, in anständigen Räumen aufzuhängen und womöglich ein Stimmlein am Eintrittsgeldern damit herauszuschlagen nach angeführten Beispielen, sondern es handelt sich für die Weltstadt, die Stadt von über hunderttausend Einwohnern, darum, dem Beispiele so vieler anderer Städte zu folgen und einzutreten in die Sphäre der modernen künstlerischen Kultur, die in der neuen Zeit, von den edelsten, hervorragenden Geistern getragen, sich ausbreitet über die ganze Welt, um Gemeingut aller zu werden, der sich kein auf höhere Bildung Anspruch erhebender einzelner mehr verschließen, keine auf der Höhe der Zeit stehende Stadt teilnahmslos gegenüberstellen kann.

Dies Wort mag freilich dem geschäftsmäßigen Alltag gar weiltfremd in die Ohren klingen, der bürokratische Geist wird nicht wissen, was er damit anfangen soll, die Schablone wird versagen, aber die sind auch von vornherein dabei ausgeschaltet, dazu bedarf es freierer, vom Dienste der Materie ungebundener Kräfte, und die werden hoffentlich in den Beinhaltzehntausenden unserer Stadt noch aufzutreiben sein.

Die bildende Kunst darf nicht länger zu der Rolle des Aschenbröckels unter ihren bevorzugten Schwestern verdammt sein. Die Kunst tritt, ihren Wert erweisend, für sie ein, und überall stehen neben den für Musik und dramatische Kunst auch ihrem Kultus geweihte Tempel. Und einen solchen muß die Stadt Wiesbaden ins Auge fassen, wenn sie daran geht, ihren Schandfleck an der Wilhelmstraße auszulöschen und der lange vernachlässigten Pflege der bildenden Kunst endlich näher zu treten. Das ist der gegebene Gesichtspunkt, von ihm aus ist die Frage der Kunst von der Museumsfrage ohne weiteres getrennt.

(Schluß folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Reinhardt in München.

Aus München wird uns geschrieben: Mit der Auführung von Shakespeares „Hamlet“ begann der erste Zyklus der von Max Reinhardt geleiteten Festschpiele auf der Reliefbühne des Münchener Künstlertheaters. Eine Festanführung vor geladenum Publikum ging dem Beginn der öffentlichen Aufführungen voraus. Der starke Andrang zu den bis jetzt angefündigten Vorstellungen legt von dem in weitesten Kreisen herrschenden regen Interesse, das man dem Reinhardtischen Unternehmen entgegenbringt, Zeugnis

ab. Der stürmische Beifall, der Reinhardt und seinen Künstlern trotz mancher der Vorstellung noch anhaftender Ungleichheiten gesendet wurde, war ein deutlicher Ausdruck des Vertrauens und des Wohlwollens, dessen sich sein Einzug in München erfreut. Das bis zum letzten Platz gefüllte Haus beherbergte das ganze literarische München, die ersten Vertreter der Wissenschaften und der bildenden Künste, fast das gesamte Staatsministerium und die Spitzen aller Behörden. Vom königlichen Hof, dessen Mitglieder zurzeit fast alle fern von München sind, waren die Prinzen Rupprecht und Heinrich erschienen.

Die zu kleinen Ausstellungen Anlaß gebenden Mängel bei der gewissermaßen als Generalprobe anzusehenden Festvorstellung sind meines Erachtens wesentlich auf die noch herrschende Unvertrautheit der Künstler wie der technischen Leiter mit den ungewohnt engbegrenzten räumlichen Verhältnissen der Reliefbühne des Münchener Künstlertheaters zurückzuführen. Es scheint mir deshalb nicht angebracht, mich mit der Ausführung von Einzelheiten aufzuhalten. Was verbesserungsbedürftig ist, werden die auf und hinter der Schaubühne Mitwirkenden ebenso gut erkannt haben wie die im Zuschauerraum sitzenden Beobachter, und man wird mit vereinten Kräften und in dem echt künstlerischen Streben, das ersichtlich alle befeckt, die richtigen Wege zur Abhilfe schon finden.

Die schauspielerischen Leistungen fanden mit einer Ausnahme, der durchaus verfehlten Ophelia des Fräuleins Camilla Eibenschütz, auf künstlerischer Höhe. Die junge Dame, die ihre große schauspielerische Begabung in anderen Rollen oft genug bewiesen hat, versagte in der Darstellung der Ophelia leider vollständig. Der Hamlet des Herrn Alexander Wolff war eine wohlbedachte und einheitlich durchgeführte Kunstschöpfung. Wolffs Auffassung des Dänenprinzen weicht zwar erheblich von der Hamletgestalt, die sich die Mehrzahl der Shakespeare-Leser bildet, ab, aber sie war den meisten Zuhörern vielleicht gerade deshalb interessant, was sich aus dem starken Beifall erweisen ließ, der dem Künstler zuteil wurde. Am hervorragendsten war Paul Wegener als König. Er schuf eine bis zum kleinsten Zug charakteristische und lebensvolle Figur, der die Königin den Neben Sandrod ebenbürtig zur Seite stand. Rudolf Schildkraut ließ sich die Gelegenheh, in der epischen Rollen des ersten Totengräbers ein Kabinettstück feinsten Darstellungsart vorzuführen, nicht entgehen und Viktor Arnolds Rolle des zweiten Totengräbers, den Oberkammerer nicht zu erwarb sich das Verdienst, den Oberkammerer nicht nur Possengestalt herabzuwürdigen, wozu sich die Inhaber dieser Rolle so leicht hinreißten lassen. Als verständig und anziehend in die Biederbude des Dichterwerkes sich einfügende Künstler

W. 2
ordnung:
über die
Augenblicke
vorliegt, u
Beförderung
lassen weit
Veränderu
Reichsvers
chiedlich er
und neue
freien Arz
sich die Le
leistungspl
lichten, k
pflichtver
letzungen
wurde
stimmig
über einer
die hierauf
die
* Ein
geradezu
steht ein
der untern
Gebühr für
die Erlaub
die Erlaub
für Rinde
Bettel).
für jeden
Minister
kommen d
und Rinde
werden so
ausgegeben
für darst
das „W.
und sie w
bezirt Ste
haben. G
Vorförste
bestört ha
Kern der
das die C
Larabe ü
bewerten.
über, die
Rinder in
sammeln,
weisen, un
sich, das
die Verten
* Ser
farzen er
in dem h
des Gerdo
Earl Ed
Diese Aus
sich erre
wie fürzi
Roburger
Landtags
Bort.“
größte Le
Gerbrung
Ernst II.
Berchru
von dem
eine ganz
weisen un
Roburg.“
längeren
hängen
sich
werden, d
kräftigen
langen m
auf dem
pflüge un
Arch und
und geh
* Ne
evangelis
die für e
gen. So
Kirchenre
findenden
der preuß
findet sich
Abfinarve
honders
regeln wil
* Für
Ministeri
Waffen,
Kaufsee
i n d i s c
Zulassung
nehmung
erteilt, we
wird, daß
inländische
* Ein
siner Mitt
sch der P
der Konze
Erlangen,
Herrnale
wird.
* G
nebenber
Sigung m
nach Eän
forderung
und 10

ordnung: der Bericht von Herrn Dr. Magen-Selzig über die Maßnahmen der Selbsthilfe im gegenwärtigen Augenblick, wo der Entwurf der Reichsversicherungsordnung vorliegt, um die Bestrebungen der deutschen Ärzteschaft nach Besserung ihrer Stellung und Honorierung bei den Krankenkassen weiterhin wirksam zu unterstützen. Die tiefgreifenden Veränderungen, welche die Arztverträge durch die neue Reichsversicherungsordnung erleiden werden, werden es rechtlich ermöglichen, bestehende Verträge sofort zu lösen und neue Verträge nur auf Grundlage der freien organisierten Arztwahl abzuschließen. Die Verträge mit den freien Hilfskassen müssen die Bestimmung enthalten, daß sich die kassenärztliche Behandlung nur auf die Versicherungspflichtigen, d. h. auf Mitglieder bis 2000 M. Einkommen, beschränkt. Schließlich ist eine vertragliche Verpflichtung zur Ausstellung von ärztlichen Gutachten für Unfallverletzte abzulehnen. Von stürmischen Zurufen begleitet wurde das Referat mit Beifall aufgenommen und einstimmig beschlossen, sowohl von einer allgemeinen wie von einer Einzeldebatte abzusehen. Der Vorsitzende schloß hierauf die Generalversammlung.

* Einen Liebesdienst für die Agrarier und zugleich ein geradezu ungeheuerliches Beispiel sozialer Ungerechtigkeit stellt ein Erlass der königlichen Regierung zu Steitin dar, der unterm 17. Juni d. J. ergangen ist und durch den die Gebühr für die sogenannten Beerenzettel, das heißt die Erlaubnisbescheinigung zum Beeren sammeln, von fünf Pfennig auf 3 Mark pro Stück erhöht wird (für Kinder unter zwölf Jahren auf 1 Mark 50 Pfennig pro Zettel). Außerdem ist eine „Vestelgebühr“ von 5 Pfennig für jeden Zettel zu entrichten. Vor einigen Jahren hat der Minister einmal im Landtage erklärt, daß aus dem Beeren sammeln der armen und ärmsten Leute, der Greise, Frauen und Kinder, eine Einnahme für den Fiskus nicht erzielt werden solle, sondern daß die Scheine nur zur Kontrolle ausgegeben würden und die 5 Pfennig nur eine Schreibgebühr darstellten. Die jetzige plötzliche und erorbitante, wie das „B. L.“ schreibt, Erhöhung dieser „Schreibgebühr“ und sie wird, wie wir fürchten, nicht nur im Regierungsbudget Steitin stattgefunden haben — kann nur zwei Gründe haben. Entweder ist sie auf das Betreiben der Herren Forstförster zurückzuführen, die die „Ruhe des Wildes“ nicht gefährdet haben wollen, desselben Wildes, das sich auf den Äckern der Pächter, Kossäten und Arbeiter, ernährt und das die Oberförster nach dem Abschusse zu dem billigen Tarife übernehmen und zum mehr als doppelten Preise verwerten. Oder aber, und das halten wir für wahrscheinlicher, die Herren Agrarier wünschen, daß die Frauen und Kinder in den paar Wochen, die sie vielleicht Beeren sammeln, lieber für billiges Geld bei ihnen Feldarbeit leisten, und die Regierung hat ihren Wünschen, wie gewöhnlich, das weiteste Entgegenkommen gezeigt — diesmal durch die Verteuerung der Beerenzettel.

* Herzog Karl Eduard und seine Koburger. Vor kurzem erschien in der Presse ein Artikel aus Koburg, in dem behauptet wurde, daß die Bevölkerung des Herzogtums seit der Thronbesteigung des Herzogs Karl Eduard mit der Regierung unzufrieden sei. Diese Ausführungen haben im Koburger Land Aufsehen erregt, und die dortige Presse tritt ihnen, wie wir kürzlich schon mitteilten, entschieden entgegen. Im „Koburger Tagblatt“ veröffentlicht der Vorsitzende des Landtagsausschusses, Abg. Arnold ein „offenes Wort.“ Darin heißt es: „Wohl gedenkt der weitaus größte Teil der Bevölkerung des Landes mit inniger Verehrung seiner verstorbenen Landesfürsten, Herzog Ernst II. und Herzog Alfred. Mit derselben Liebe und Verehrung stehen sie zu ihrem jetzigen Landesfürsten, von dem sie die felsenfeste Überzeugung haben, daß er seine ganze Kraft einsetzt für die Wohlfahrt, das Gedeihen und eine glückliche Zukunft des Herzogtums Koburg.“ Die „Koburger Zeitung“ schreibt in einem längeren Artikel mit der Überschrift „Niedriger Sänagen“: „Wir sind in Koburg gewiß nicht byzantinisch angelegt, darum darf es auch ausgesprochen werden, daß wir in unserem Landesherrn einen tatkräftigen und feinsinnigen Förderer aller der Bestrebungen mit aufrichtigem Dank verehren dürfen, welche auf dem Gebiete des Verkehrs, der Kunst, der Heimatpflege und der staatlichen und sozialen Fürsorge zu Recht und Gedeihen des Koburger Ländchens gepflegt und gehegt werden können.“

* Neuordnung der Disziplinarverhältnisse der evangelischen Geistlichen. Man will den Geistlichen, die für evangelische Freiheit schwärmen, an den Kronen. So meldet das „B. L.“ Unter den Vorlagen des Reichstagsregiments, welche auf der im Herbst d. J. stattfindenden 6. ordentlichen Tagung der Generalsynode der preussischen Landeskirche behandelt werden soll, befindet sich als wichtigste eine Vorlage, welche die Disziplinarverhältnisse der evangelischen Geistlichen, besonders in Sachen des Bekenntnisses, neu regeln will.

* Für die Beschäftigung inländischer Arbeiter. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat eine Verfügung erlassen, der zufolge zur Ausführung von Eisenbahn-, Wasser- und Wegbauten in erster Linie stets inländische Arbeiter herangezogen werden sollen. Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter ist eine besondere Genehmigung des Ministers einzuholen. Diese wird nur dann erteilt, wenn von den Unternehmern der Nachweis geführt wird, daß sie vergeblich versucht haben, die genügende Zahl inländischer Arbeiter zu erhalten.

* Eine elektrische Bahn Nürnberg-Erlangen. Nach einer Mitteilung des Bürgermeisters von Erlangen erklärte sich der Verkehrsminister Frauendorfer für die Erteilung der Konzession einer direkten elektrischen Bahn Nürnberg-Erlangen, um deren Erbauung und Betrieb sich die Konsortiale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen bewirbt.

* Güter-Eingemeindungsfragen. Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Eingemeindung von Mülheim (Rhein) nach Köln. Die feinerzeit von Mülheim aufgestellten Forderungen waren von Köln vor mehreren Monaten mit rund 10 Millionen Mark berechnet worden. Insbesondere

verlangten die Mülheimer auch Gleichstellung der Mülheimer mit den Kölner Steuern. Heute zahlen erstere 190, die Kölner 155 Prozent Einkommensteuer. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß von einer Eingemeindung Mülheims abzusehen.

* Ein „Lebensführer“ für höhere Lehranstalten. Wie uns von unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, ist kürzlich ein neues Buch, „Schaffen und Schauen“ betitelt, in 500 Exemplaren an Schüler höherer Lehranstalten mit Genehmigung des Kultusministeriums verteilt worden. Das Buch, dessen Verfasser ungenannt ist, stellt einen Lebensführer dar, in dem unter anderem außer Regeln für die Einführung in das Leben auch Bürgerkunde, Wissenswertes über Berufe, Wissenschaften und dergl. enthalten sind. Für die Verteilung des Buches, dessen Inhalt die Zustimmung der Behörde gefunden hat, hat ein Herr Moritz Friedländer eine Summe gestiftet. Das Werk ist in der Teubnerschen Buchhandlung erschienen.

* Entscheidung über die Ansetzung gewerblicher Arbeiter in der Ostmark. Demnächst werden, wie wir erfahren, die „allgemeinen Grundsätze“ über die Ansetzung von Arbeitern in Westpreußen und Posen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen bekannt gegeben und den zur Ausführung berufenen Stellen übermittelt werden. Von besonderer Wichtigkeit ist die Entscheidung, die hinsichtlich der Ansetzung gewerblicher Arbeiter seitens entstandener Gesellschaften getroffen wurde. Nach dem bestehenden Gesetz ist der Zweifel berechtigt, ob auch gewerbliche Arbeiter aus dem 75-Millionenfonds des Entgeltungsgesetzes von 1908 den befristeten bewilligten Zuschuß von 800 Mark pro Hektar erhalten sollen. Man hat nun in den allgemeinen Grundsätzen das Prinzip aufgestellt, die gesetzlichen Vorschriften in möglichst weitestgehender Weise auszuliegen und dementsprechend bestimmt, daß auch bei der Ansetzung gewerblicher Arbeiter die in Aussicht gestellten Zuschüsse in Kraft treten.

* Von einem kaum glaublichen Mißgriff der Polizei wird aus Nürnberg berichtet. In der Wohnung einer verwitweten angesehenen Dame erschien morgens in aller Frühe ein Schutzmann in Begleitung eines jährigen Schulknaben, ließ sich von diesem auf das bestimmteste erklären, daß dies die „Dame“ sei und brachte sie darauf auf die Postzeitwache. Dort ersah sie, daß der Junge sie beschuldigt hätte, ihn in ihre Wohnung gelockt und unzüchtige Handlungen mit ihm verübt zu haben. Trotz Bestreitens wurde die Dame bis zum späten Abend in Haft gehalten. Erst später stellte sich heraus, daß der Junge es liebte, die Schule zu schwänzen, und sich von einem Wädlerlehrling jenes Märchens hatte erzählen lassen, um eine Ausrede zu haben.

* Hansa-Bund und Bund der Industriellen. An der Verberätigung für den Hansa-Bund hat sich auch der Bund der Industriellen tatkräftig beteiligt. Er hat sämtliche ihm angeschlossenen Firmen durch besonderes Rundschreiben aufgefordert, gleichzeitig Mitglieder des Hansa-Bundes zu werden sowie auch im Kreise ihrer Angestellten für den Anschluß an den Hansa-Bund zu wirken. Ferner hat der Bund der Industriellen sämtliche ihm angeschlossenen industriellen Landesverbände, Ortsgruppen und Fachvereine ersucht, im Kreise ihrer Mitglieder für sofortigen Anschluß an den Hansa-Bund zu werben.

* Pflöckliche Ausherrstellung eines Oberhofpredigers. Der Weiminger Oberhofprediger Paul Graue, früher in Berlin, wurde von Herzog Georg plötzlich zur Disposition gestellt.

Hier und Flotte.

Neue Standafläre in einem Berliner Kavallerie-Regiment? In einem Berliner Kavallerie-Regiment sollen sich, wie wenigstens die „B. Z. am Mittag“ wissen will, in der letzten Zeit Dinge zugetragen haben, die stark an die Vorgänge zu Graf Lynars Zeiten in Potsdam erinnern. Der Regimentskommandeur habe, so berichtet das genannte Blatt, Nachrichten von den Vorfällen und dem Treiben in einigen Knepfen erhalten und die strengsten Maßregeln ergriffen, den Ausschreitungen Einhalt zu tun, die bereits so arg wurden, daß sie hornlose Passanten auffielen. Es seien Verhaftungen und Suspendierungen vorgenommen worden, die ein kriegsgerichtliches Nachspiel haben würden. Nebenher gehe auch ein Verfahren gegen mehrere in die Affäre verwickelte Zivilpersonen, so gegen einige Gastwirte, die das Treiben unterstützt hätten. — Da das genannte Berliner Blatt gerne Sensationsmeldungen seine Spalten öffnet, besteht vielleicht noch eine Hoffnung, daß die Meldung zum mindesten stark aufgebauscht ist. Wir geben die Meldung jedenfalls mit allem Vorbehalt wieder. Abirrigens wird auch von dem „Berl. Tagbl.“ gemeldet, daß es sich um einen nach dem § 175 strafbaren Fall handele, in den ein Unteroffizier verwickelt sei. Die Berliner Kriminalpolizei habe, soweit sie mit der Affäre zu tun hat, bisher nur eine Zivilperson vernommen, der nichts Strafbares nachzuweisen war. Verhaftungen seien bisher durch die Polizei nicht erfolgt. Das klingt schon ganz anders.

Die ersten deutschen „Dreadnoughts“. Von den ersten deutschen „Dreadnoughts“ werden im Herbst „Westfalen“ und „Rheinland“ in Dienst gestellt.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Die österreichisch-ungarischen Kaisermandöver.

Aus Wien wird uns von militärischer Seite berichtet: Es steht jetzt fest, daß der deutsche Kaiser und der König von Rumänien den Kaisermandöver in Mähren vom 8. bis 11. September beizubehalten werden. Die Feldmanöver sollen in der Gegend von Jglau, Trebitsch und Groß-Reseritsch, wo sich das Hauptquartier mit den Wohnungen der drei Monarchen befinden wird, stattfinden. Als oberster Leiter ist Erzherzog Franz Ferdinand bestimmt worden, dem der Chef des Generalstabs General der Infanterie v. Höpferdorff zur Seite steht. Auf jeder Seite werden drei Infanteriedivisionen mit entsprechender Kavallerie stehen. Die Truppen stellen das Wiener, Krafauer und Leitmeritzer Korps. Von letztgenanntem Korps nimmt nur eine Infanteriedivision (die 9.) teil, deren Zuteilung zu einer der

beiden Parteien bis jetzt noch nicht bekannt gegeben wurde. Im ganzen stellt sich die Stärke auf ca. 100 Bataillone, 58 Eskadrons, über 50 Batterien und 6 Pionierkompanien mit Brückentrains. Die Eskadrons sollen 140, die Kompagnien 130 Mann stark sein. Zum erstenmal werden bei den Kaisermandöver die Kanonenregimenter mit den neuen Schnellfeuergeschützen ins Feld rücken; jede Infanteriedivision erhält außerdem 2 Hauptbatterien, und ebenso wenig wird es an der Zuteilung von Maschinengewehrabteilungen und Radfahrerabteilungen fehlen, welche letztere auch die Aufführungstätigkeit der Kavallerie unterstützen sollen. Ebenso wird man die neuen Telephon- und Telegraphenabteilungen sowie Funkstationen und Feldballonabteilungen heranziehen. Besonders Gewicht wird auch auf die Verwendung des Motor- und Dampftrains für Heranschaffung der Verpflegung gelegt.

Türkei.

In Beirut wurde ein griechischer Dampfer, der Waffen für panhellenische Agenten nach Kleinasien bringen wollte, festgesetzt und als gute Preise erklärt. Die Waffen werden konfisziert, der Dampfer wird öffentlich verauktioniert werden.

Rassauischer und hessischer Städtetag.

wo. Diebrich, 25. Juni.

Heute vormittag nach 9 Uhr nahmen in der Turnhalle der „Turngesellschaft“ die Verhandlungen, für welche zwei Tage vorgesehen sind, ihren Anfang. Einem getrockneten Abereinkommen gemäß übernimmt Oberbürgermeister Dr. v. Jbell-Wiesbaden den Vorsitz, Oberbürgermeister Müller-Cassel seine Stellvertretung. Nach einem Kaiserhoch dankt der Vorsitzende zunächst der Stadt Diebrich für Einladung und Empfang und begrüßt sodann die erschienenen Ehrengäste, den Oberpräsidenten Hengstenberg-Cassel, den Regierungspräsidenten Grafen Bernstorff-Cassel, den Vertreter des Wiesbadener Regierungspräsidenten Oberregierungsrat Gyzki, den Landrat des Landkreises Wiesbaden Kammerherrn v. Heimbürg, sowie die Ehrenmitglieder der beiden Städtetage. — Oberpräsident Hengstenberg dankt für die freundliche Begrüßung und versichert, nicht nur das Interesse für die sachlichen Verhandlungen, sondern auch seine persönlichen Beziehungen zu den Vertretern der Städte hätten ihn veranlaßt, der an ihn ergangenen Einladung Folge zu leisten. Er wünscht, daß die Verhandlungen anregend und nutzbringend für die Beteiligten verlaufen und daß sie getragen sein möchten von dem Wunsch, dem einzelnen sowie dem Ganzen zu dienen. — Oberbürgermeister Vogt-Diebrich richtet namens der städtischen Körperschaften warme Worte der Begrüßung an die Erschienenen.

In die Erledigung der Tagesordnung eintretend, spricht zunächst Stadtverordneter Architekt Lohold-Frankfurt über die Ausgestaltung von Hochlinien, Plänen und örtliche Verschönerungen in den Städten. Er schildert, wie um die Mitte des vorigen Jahrhunderts erst der Ausgangspunkt für die Änderung des ganzen öffentlichen Bauwesens sei, wie die Reform durch die allgemeinen, die Erwerbsverhältnisse usw. bedingt worden sei, wie die Festlegung von Hochlinien nicht ausreichend gewesen sei, gute Verhältnisse zu schaffen, wie auch auf die Ausgestaltung der Bauprofile Wert zu legen sei, wie dabei aber nicht schematisiert werden dürfe, wie die örtliche Lage, die Erwerbsverhältnisse der Bevölkerung usw. usw. in Rücksicht zu nehmen seien, wie der vielfach von Seiten der Bau Polizei beliebte Robus, möglichst viel zu verbieten, möglichst wenig aber zu erlauben, nicht der richtige sei, ein Robus, der vielfach das Gegenteil erreicht von dem, was man erstrebe, wie man nicht an der Form haften, nicht dem Menschenverstand eine Zwangsjahe anlegen dürfe usw. usw.

Nachdem der Vorsitzende dem Referenten für seine beifällig aufgenommenen Ausführungen gedankt hat, erhält das Wort der Korreferent Oberbürgermeister a. D. Roessler-Schmallalden. Er spricht besonders von der Beeinträchtigung des Straßenbildes durch den Straßenschmutz, von den verschiedenen Reinigungsarten, von der Notwendigkeit, mit unachtsamlicher Strenge gegen gewohnheitsmäßige Straßenvunreiniger vorzugehen, von der Zweckmäßigkeit einer hohen Hundesteuer, von der Ausgestaltung des Straßenplanungs, von der Ausgestaltung der öffentlichen Bauten, insbesondere der Schulen, auch der Bedürfnisanstalten usw.

Im weiteren verbreitet sich der Redner über die Zweckmäßigkeit der Farben, das Altertümliche, die Denkmäler, Wasserbauanlagen, Wasserfälle und Wasserfälle, besonders aber die Vegetation im Interesse der Verschönerung der Straßenschilder mit heranzuziehen, die Schulen in den Dienst der Monumentalkultur zu stellen, über die mit Dekorations-Wettbewerben erzielten Erfolge und zuletzt über die Notwendigkeit, auch der näheren und weiteren Umgebung der Städte seine Aufmerksamkeit zu schenken. — Auch diesem Redner dankt der Vorsitzende für seine trefflichen Ausführungen namens des Städtetages.

Es folgt eine halbstündige Frühstückspause.

Stadttrat Voediker-Cassel verbreitet sich des Eingehenderen über das Thema: Einnahmemeaellen für die Stadtverwaltung. Seine Ausführungen ergeben sich in der Hauptsache über die Schwierigkeiten der Beschaffung und Behandlung der Einnahmemeaellen seitens der Städte. Er verweist auf die immer größeren Ausgaben, welche staatlicherseits den Gemeinden aufgebürdet werden, und auf die stetig zunehmende Einschränkung ihres Steuerrechtes. Richtig sei es, den Städten nach Möglichkeit Bewegungsfreiheit nach der Richtung der den Verhältnissen angemessenen Verteilung der Gemeindefasten zu geben und ihnen neue Einnahmemeaellen zu erschließen. Die indirekten Steuern würden immer mehr vom Staate für sich in Anspruch genommen. Neue Einnahmemeaellen für die Gemeinden heranzuziehen, sei unabsehbare Bedürfnis, zumal angesichts der den Gemeinden vom Staate neuerlich drohenden Einschränkung ihres Besteuerungsgebietes. Endlich verbleibe den Gemeinden als Haupteinnahmemeaelle nur die Erhöhung der Einkommensteuer. Das eigene Interesse aber hindere sie daran, außer im Notfall, von diesem Mittel zur Begleichung des Defizits Gebrauch zu machen. Das

Kommunalabgabengesetz, welches das Verhältnis zwischen Einkommen- und Realsteuern festlegt, raube nach dieser Richtung die Bewegungsfreiheit. Den Städten müsse mehr als bisher auf dem Besteuerungsgebiete Gelegenheit zur Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse geboten werden. Heute bezahle bei demselben Einkommen der privilegierte Beamte, der Rentner und der Gewerbetreibende einen verschiedenen Steuerfuß, der Rentner nach den Casseler Verhältnissen das 2/3, der Gewerbetreibende gar das 4/5fache des ersteren. Wenn die Städte sich sträubten, die Gewerbetreibenden übermäßig zu belasten, so hätten sie dazu ihre guten Gründe. Eine Änderung der einschlägigen Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes müsse immer von neuem gefordert werden. Zurzeit seien neue Steuern für die Gemeinden unabwendbares Bedürfnis. Alle Abgaben schieden sich nicht für alle Verhältnisse, aber im allgemeinen müsse empfohlen werden, entsprechend den erhöhten Lehrerbefoldungen auch das Schulgeld zu erhöhen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätspreise mehr dem Finanzbedürfnis anzupassen, von der Befugnis, die aus den Schlachthäusern zulehrende Rente von 5 auf 8 Prozent zu erhöhen und — was die Hauptsache sei — eine praktische Sparfahigkeit zu üben, an Auslagen, welche aus Anleihen gedeckt werden müßten, nur mit aller Reserve heranzutreten. Vielesch würden in Stadt und Land Steuern für noch nicht vorhandene Bedürfnisse leichten Herzens bewilligt, während man es sich dreimal überlege, ob man einem armen Nachtwächter seine knappen Bezüge einmal um 50 M. aufbessern solle. Auch die Frage, ob es nicht angängig sei, ohne den Geschäftsgang zu erschweren, die Zahl der Beamten hier und da etwas herabzusetzen, sei der Erwägung wert. Er könne nur mit dem Wunsch schließen, daß bei der großen Steuerjagd im Reiche auch die Gemeinden nicht leer ausgehen möchten. (Lebhafter Beifall.)

Als letzter spricht Magistratsrat Dr. Saran-Cassel noch kurz über die Ordnung, betreffend die Einführung von Bureaubeamten-Prüfungen. Er geht dabei von folgenden Gesichtspunkten aus: Die Prüfungsordnungen, welche auf gemeinsamer kommunaler, nicht staatlicher Grundlage aufzubauen seien, werden viel zur sozialen Hebung des Gemeindebeamtenstandes beitragen. Einzelheiten sind den Städten zu überlassen. Der Städtetag kann nur sehr grundsätzliche Einverständnisse deklarieren. Den Beamten ist nach bestandener Prüfung die lebenslängliche Anstellung zu bewilligen. Bei den kleinen Städten genügt eine, bei den größeren Städten mit einer Gliederung der mittleren Beamten in Sekretäre und Assistenten dagegen empfiehlt sich eine doppelte Prüfung. Die zweite Prüfung hat stets Wert als Ansporn der Beamten zu weiterer fachlicher Fortbildung. Ausnahmsweise muß auch bei Beamten mit entsprechender Vorbildung von der Prüfung einmal abgesehen werden. Die Prüfungskommission hat aus drei ständigen Mitgliedern und zwei Stellvertretern zu bestehen. Die Heranziehung der Bürgermeister und der mittleren Beamten für dieselbe kann nur empfohlen werden. Die Vorbereitungszeit für Prüflinge ist bei Zivilanwärtern auf 3 Jahre zu fixieren, während Militäranwärter auf ihren Antrag schon nach einem Jahre zugelassen werden können.

Wie an die früheren Referate, so schließt auch an dieses eine Besprechung sich nicht an.

Schluß der Verhandlung gegen 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Samstag 10 Uhr.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 26. Juni.

Ausstellung Wiesbaden 1909.

XXXII.

Kritische Gänge.*

Das Handwerk ist infolge der allgemeinen Veränderung des Wirtschaftslebens im Wettbewerb des großen Betriebes nur teilweise erlegen. Kapital, Maschinen, Geschmacks- und Bedarfsverschiebungen haben dazu mitgewirkt. Gleichwohl ist das Kleingewerbe noch immer unentbehrlich, nur muß es zeitgemäß umgestaltet werden. Der Gesamtheit kann es nicht gleichgültig sein, die Kleinbetriebe zu erhalten. Sie hat Interesse daran, neben den ungeheuren Großbetrieben eine größere Anzahl kleinerer Produktionsstätten zu besitzen, die jede in bescheidenem Umfange und mit geringem Kapital ihre Teilbeiträge zu dem Güterbedarf einer Nation liefert. Der sogenannte neue Mittelstand kann in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht für die kleinen Meister keinen Ersatz bieten. Die Mittel, mit denen die Entwicklung des Handwerks gefördert werden kann, sind bessere Ausbildung in technischer wie wirtschaftlicher Beziehung und Begründung von Genossenschaften. — Das sind Leitfäden aus dem Vortrage, den der Leipziger Sozialpolitiker Professor Stieda im Oktober v. J. auf dem 10. deutschen Fortbildungskongresse in Braunschweig gehalten hat. Diese Thesen sind mit Absicht an den Eingang des Artikels gestellt worden. Der aufmerksame Leser wird leicht eine gewisse Verwandtschaft der Standpunkte entdecken, denn diese Abhandlungen bewegen sich in ähnlichen Gedankengängen. Weder der Kapitalismus noch die langsame Umwandlung der beruflichen Gliederung des deutschen Volkes können das Handwerk ausschalten, sofern es sich nicht selbst aufgibt. Das Kleingewerbe ist eine soziale Notwendigkeit und seine Erhaltung ein Lebensprinzip jeder Gesellschaftsform. Darum hat auch die Allgemeinheit an gesunden Zuständen im Kleingewerbe ein ganz unmittelbares Interesse, und da das Gedeihen des Handwerks von der Einführung der Maschine auch im Kleinbetrieb abhängt, gewinnt die Frage an Bedeutung: Wie kommt der Kleinhandwerker zur Maschine?

Der Wege dazu gibt es mancherlei. Die Betriebsgenossenschaft, auf die bereits hingewiesen wurde, wird nicht für alle Verhältnisse anwendbar sein, obwohl ihrer offenbar ein weites Wirkungsfeld wartet. Der einzelne Kleinmeister ist nicht immer finanziell so gut gestellt, Maschinen im Verlauf zu erwerben, und der Anschaffung gegen allmähliche Amortisation soll hier nicht das Wort erteilt werden. Wie also kommt der unbemittelte Kleinmeister zur Maschine? Was nützt es dem Handwerker, sich von dem Reichen überzeugt zu haben, wenn es ihm an den nötigen Mitteln zur Anschaffung fehlt? Hier scheint mir die Pflicht der Gesellschaft einzusetzen, dem notleidenden Handwerker zu helfen. Die

Gemeinde, die ein ganz wesentliches Interesse an einem gesunden, leistungsfähigen Mittelstande hat, sollte zu ihrem Teile die Einführung von Maschinen in das Kleingewerbe und Handwerk fördern, einmal dadurch, daß sie Motoren und Betriebskraft unter besonderen Erleichterungen an diese Kreise abgibt, und zum anderen damit, daß sie Handwerkern einen billigen Kredit zur Beschaffung von Maschinen gewährt oder dafür die Garantie übernimmt. Schon des öfteren haben österreichische Gemeinden Handwerkern in dieser Weise hilfreiche Hand geleistet.

Die kommunalen Gas- und Elektrizitätswerte haben sogar ein lebhaftes Interesse an der Einstellung von Kleinmaschinen, für die sie die Betriebskraft liefern, weil sie sich damit auch einen Tagesabsatz und infolgedessen eine bessere Rentabilität sichern.

In Deutschland haben bereits verschiedene Gemeinden auf diesem Gebiete Versuche gemacht und diese sind alle sehr erfolgreich eingeschlagen. So hat sich u. a. St. Johann a. d. Isar in sehr beachtenswerter Weise die Förderung des Handwerks angelegen sein lassen. Dort kommt — nach einem Kommissionsbericht, der einst im Landtag erstattet wurde — auf je 182 Einwohner ein fleingewerblicher Gas- oder Elektromotor, während z. B. in Düsseldorf auf je 407, Eberfeld 409, Cassel 625 Einwohner usw. ein Motor entfällt. Die Gemeinde geht den Kleinhandwerkern in der zulänglichsten Weise mit Rat und Tat zur Hand, sowohl bei der Projektierung ihrer Anlagen als auch bei den Verhandlungen mit den Maschinenfabrikanten, und zwar nicht nur für die Motoren sondern auch für die ganze Betriebs-Maschineneinrichtung, einschließlich der Transmission. Die Gemeindeverwaltung vermittelt diese Verkäufe und gibt den ihr als Wiederverkäufer gewährten Rabatt den Handwerkern voll zur Rückzahlung, was meistens 10 bis 15 Prozent des Anlagekapitals ausmacht. Ferner gewährt sie den als zuverlässig und fleißig bekannten Handwerkern Kredit für ihre ganze Werkstatt-Einrichtung, und zwar im einzelnen Falle bis zu 6000 M. gegen mäßigen Zinsfuß auf fünf Jahre bei jährlicher Amortisation von einem Fünftel. Auf diese Weise hat die Gemeinde vielen Kleinhandwerkern die Beschaffung einer mechanischen Werkstatt-Einrichtung ermöglicht, die auf anderem Wege den nötigen Kredit wahrscheinlich gar nicht hätten. Schlechte Erfahrungen sind mit diesem System in St. Johann nicht gemacht worden. Die Stadt Lüttringhausen gibt zur Beschaffung von Werkstatt-Einrichtungen Sparassendarlehen an kleine Gewerbetreibende zum Zinsfuß von 4 Prozent und liefert Kraftmotoren gegen eine jährliche Teilzahlung von 14 Prozent — wovon 4 Prozent auf die Verzinsung und 10 Prozent auf Amortisation gerechnet werden — zum Selbstkostenpreise an die Kleinhandwerker.

In ähnlicher und anderer Weise haben noch andere deutsche Gemeinwesen auf die Vermehrung der Motor- und Maschinenbetriebe im Kleingewerbe hingewirkt und zur Erhaltung und Hebung ihres örtlichen Handwerkerstandes vieles beigetragen. Es dürfte nichts im Wege stehen, daß die Gemeinwesen — gleichviel, ob groß oder klein, ländlich oder städtisch — eine in gleichen Bahnen sich bewegende Förderung von Handwerk und Kleingewerbe in ihr kommunales Programm aufnehmen. Erschöpft sind damit die Hilfsmöglichkeiten noch lange nicht, aber mit der allgemeinen Einführung der Maschine in die Kleinhandwerkstätte wäre einer der wichtigsten Schritte zur Konsolidierung dieser Verhältnisse getan. Die anderen Maßnahmen: Meisterkurse, Lehrwerkstätten, Ausstellungen von Maschinen und Motoren, Errichtung von Verkaufshallen und praktischer, billiger Lageräume und dergleichen mehr bilden nur die notwendigen Ergänzungen eines Programms, dessen wirtschaftlich und sozial wichtiger Zeitgedanke dann erfüllt wäre und das die „Rettung des Handwerks“ heißt.

Nach dieser sozialpolitischen Betrachtung wenden wir uns nunmehr den Ausstellungsobjekten im nächsten Artikel zu. Ludwig Anders.

Ein englischer Bürgermeister über Wiesbaden.

Aber die Reife der Vertreter der Städte Manchester und Salford durch eine Anzahl deutscher Städte hat Herr Bürgermeister Jenkins von Salford in der englischen Zeitung „The Reporter“ ein Tagebuch veröffentlicht, dem wir folgendes entnehmen: Am 26. Mai, abends 8 Uhr, kamen wir in Wiesbaden an, wo wir im „Hotel du Rhin“ abstiegen. Donnerstags, den 27. Mai. Wir nahmen einen Wagen nach Neroberg, einer Station, die ungefähr 1 1/2 Meilen entfernt liegt. Dieser Ort besitzt sehr schöne Häuser. Nach einer Fahrt mit der Zahnradbahn einen Hügel hinauf hat man dort von einem Tempel aus einen hübschen Ausblick. Als wir dann auf einen großen Turm stiegen, hatten wir eine noch bessere Aussicht auf die Umgebung und den Rheinfluß. Daraus besuchten wir das Mausoleum der Herzogin Michaelous, einer russischen Fürstin, die im Jahre 1856 gestorben ist. Das Mausoleum ist ein prächtiges Gebäude mit marmornen Pfeilern und einer herrlichen Statue. Wir gingen den Hügel hinab und erblickten sehr geschmackvolle Wohnungen und eine Fülle von Blumen und Pflanzen. Wir lehrten per Wagen zur Stadt zurück. Dort besichtigten wir die evangelische Kirche mit ihren fünf Türmen. Alsdann gingen wir durch eine Mädchenschule, die ich in bezug auf Gebäulichkeiten und innere Ausstattung für die feinste halte, die ich je gesehen habe; keine Ausgabe scheint hier gespart zu sein. Hier ist Raum für über 800 Mädchen im Alter von 6 bis 12 Jahren; (?) augenblicklich zählt die Schule jedoch nur 500 Schülerinnen. Dann lehrten wir zum Lunch ins Hotel zurück. Hernach nahmen wir wieder einen Wagen und fuhren zum Kirchhof. Dieser ist sehr groß; er befindet sich in herrlicher Lage; es gibt dort viele schöne Grabsteine. Nach einem Spaziergang durch einen kleinen Park fuhren wir zur Stadt zurück und sprachen bei dem Herrn Oberbürgermeister im Rathaus vor. Der Oberbürgermeister war der englischen Sprache nicht mächtig, jedoch sprach einer der Bürgermeister ein wenig Englisch. Wir erklärten, daß wir vorfrähen, um einen Achtungsbuch zu machen und unsere Karten abzugeben. Der Oberbürgermeister ließ erwidern, wie angenehm ihm unser Besuch sei und daß es ihm zur Freude gereiche, uns ein wenig beizusuchen zu können. Er gab uns Karten zum Besuch der Kurhausgärten und sagte uns freundlich Adieu. Wir gingen zu den Gärten und über den ganzen Platz. Der Platz ist grandios; ich weiß keinen anderen derartigen Platz von solcher Schönheit. Die

Eingangshalle, die Konzerthalle, die Les- und Schreibzimmer, die gelben und blauen Zimmer, der Schachspiel- und Kartenspielraum, der Speiseraum und die Bierhalle sowie andere Plätze waren einfach großartig; sie waren exquisit möbliert und ornamentiert. Nach dem Essen gingen wir wieder zu den Kurgästen, um die Musik eines Musikchors von 32 Mann zu hören. Die Terrains des Kurgartens sind lieblich und hell erleuchtet durch elektrische Lampen, die die Plätze umgeben. Auf unserem Rundgange kamen wir noch zu dem Pumpraum. (Soll wohl heißen Quellenraum. Der Engländer meint, das Kochbrunnenwasser, das aus der Erde sprudelt, würde gepumpt. D. Red.) Ich nahm ein Glas Wasser aus dem heißen Brunnen; es ist nicht so schmutzig wie das Harrogate-Sulphur-Wasser. Wir verließen Wiesbaden am Freitag, den 28. Mai, vormittags.

— Vorgarten- und Balkonwettbewerb. Der Erfolg bei dem vom „Wiesbadener Gartenbauverein“ im vergangenen Jahre veranstalteten Balkon- und Vorgartenwettbewerb gibt dem Verein Veranlassung, auch in diesem Jahre eine gleiche Veranstaltung in die Wege zu leiten. Die städtischen Behörden, verschiedene Vereine sowie Privatpersonen unterstützen die Sache in dankenswerter Weise auch in diesem Jahre. Wie aus dem Inseratenteil ersichtlich, ist der Anmeldetermin bis zum 15. Juli verlängert worden.

— Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie findet auch bei uns, wo u. a. die Handelskammer zum regen Beitritt auffordert, lebhaften Zuspruch. Die Ziele des Bundes müssen ja auch jedem im gewerblichen Leben tätigen, liberal gestimmten Bürger äußerst sympathisch sein und der Jahresbeitrag (1 M. für Angestellte, 3 M. für Selbständige) ist ja äußerst gering. Listen zur Beitrittserklärung liegen u. a. an den Schaltern des „Wiesbadener Tagblatts“ und in der Filiale Bismarckring aus.

— Tonbild-Theater auf der Ausstellung Wiesbaden 1909. Eine Kunstleistung allerersten Ranges ist das Bild „Frühling“, ein Kunstfilm, der ab heute im Tonbild-Theater auf der Ausstellung zur Aufführung gelangt. In künstlerischer Weise wird in vier Bildern, bereitet mit lieblichen Klängen frohlockender Weisen, das Erwachen der Natur aus ihrem Winterschlaf vor das Auge des Beschauers geführt. Die Musik, vereint mit der künstlerischen Zusammenstellung der Aufnahme, läßt den Beschauer diesen Wandel der Natur zur Freiheit mit durchleben und macht ihn die Sorgen des alltäglichen Lebens vergessen. Jeder wird mit Befriedigung das Theater verlassen, denn dieser Kunstfilm ist ein Meisterwerk der Kinematographie.

— Foucaultscher Pendelversuch. Nachdem die Vorversuche für den Foucaultschen Pendelversuch im Reitenmäherschen Lagerhaus, Wiesbadener Möbelheim, Schiersteiner Straße, sehr gute Resultate ergeben haben (so wurde z. B. nach 10stündiger Schwingungsdauer eine Ausweichung von 120° festgestellt), sollen die nächsten Hauptversuche für die hiesigen höheren Schulen am 4., 6., 8., 10. und 12. Juli erfolgen. Da außer den Schülern auch dem größeren Publikum der Zutritt gestattet ist, so sei hiermit darauf hingewiesen, daß die beste Beobachtungszeit in den Vormittagsstunden liegt.

— Spar- und Darlehenskasse der Eisenbahnvereine. Der Eisenbahnminister hat auf Antrag des Verbands der Eisenbahnvereine genehmigt, daß die Eisenbahnhauptkassen zur Vermittlung des Geldverkehrs der Spar- und Darlehenskassen mit der Verbandskasse und der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse in Berlin ihren Hauptkassen entsprechende Anweisungen geben. Das Entgegenkommen des Ministers wird zweifellos zur Hebung der Spar- und Darlehenskassen in erheblichem Maße beitragen.

— Der Riesenhut. Vorgestern wurde in Frankfurt am Main eine holde Schöne verhaftet, die einen hochmodernen Hut trug. Im Gefangenentwagen sollte sie nach dem Präsidium gebracht werden, aber der schöne Hut ging nicht durch die enge Pforte. Den Hut abzunehmen weigerte sich die „Dame“ mit einer Standhaftigkeit, die sie sonst wohl nicht auszeichnete. Schließlich blieb der Polizei nichts übrig, als eine Drofsche zu nehmen. Wenn die Robe der großen Damenhüte bleibt, wird man auch die Eingangspforte zum Gefangenentwagen danach ändern müssen.

— Die Schuhe werden teurer? Der Verband deutscher Schuh- und Schäftefabrikanten, der in diesen Tagen in Eisenach seine Hauptversammlung abhält, wird auch über einen Antrag des Schuhfabrikantenvereins zu Birnmasens beraten, eine Erhöhung der Preise für alle Arten von Schuwaren durch gemeinsames Vorgehen vorzunehmen. Der Antrag wird begründet mit der Erhöhung der Lederpreise, sowie mit einer Verteuerung der übrigen Zubehörtteile.

— Eine amtliche Warnung gegen eine Krankenunterstützungskasse erklärt der Regierungspräsident des Bezirkes Cassel, Graf von Bernstorff, und zwar gegen die Deutsche Kranken-Unterstützungskasse in Cassel, die am 4. Februar 1907 als „eingeschriebene Hilfskasse“ zugelassen wurde und deren Tätigkeit sich über das ganze deutsche Reich erstreckt. Die Warnung erfolgt, weil festgestellt wurde, daß 3/4 der gezahlten Beiträge für Verwaltungskosten und Bezüge der Vorstandsmitglieder aufgebraucht werden, was eine ganz abnorme Höhe darstellt.

— Wiesbadener Lehrerverein. Die Monatsversammlung des Wiesbadener Lehrervereins findet statt Samstag, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Hotel „Grüner Wald“. Lehrer Loh hält einen Vortrag, dessen Thema lautet: „Der Reiz des Unterrichts“, sodann erfolgt, da Lehrer Klein sein Amt im Vorstand niedergelegt hat, eine Ergänzungswahl des Lehrers.

— Ungetreuer Postgehilfe. Der Postgehilfe Franz Theodor Hofmann vom Postamt Marienberg (Beierwald), gebürtig aus Eiersheim (Kreis Tauberhofsheim), ist seit dem 20. Juni nach Unterschlagung von Postanweisungsgeldern, deren Höhe vorläufig auf 1400 M. festgestellt ist, verschwunden. Richtsrichtung unbekannt, vielleicht England oder Amerika. Alter 19 3/4 Jahre, 1,74 bis 1,76 groß, schlanke Gestalt, blaues, volles bartloses Gesicht, dunkle Augen, dunkles, in der Mitte gescheiteltes Haar. Hofmann, dessen Haltung gewöhnlich stark nach vorn geneigt ist, trug zuletzt einen modernen

* Siehe die Vorbemerkung in Nr. 223.

braunen Jacketanzug, neue Schnürstiefel mit Lacksch...

Verufs-Jubiläum. Vor einigen Tagen waren 25 Jahre...

Da werden Weiber zu Hyänen. Zwischen zwei auf...

Ein Zimmerbrand war gestern mittag um 1/4 Uhr...

Theater, Kunst, Vorträge.

Wiesbadener Künstler auswärts. Gundolf Strauß...

Walthalla-Theater. Heute Samstag und morgen...

Vereins-Nachrichten.

Der Westerwaldklub Wiesbaden feiert am...

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Erbenheim, 24. Juni. Zum 11. Nassauischen...

Waldau, 25. Juni. Der Vater des jungen Dietrich...

Wedenbach, 24. Juni. In der Dambmannsche...

Göckheim, 24. Juni. In althergebrachter Weise...

Weilbach, 24. Juni. Die Lehrerinnen und Lehrer...

Nassauische Nachrichten.

Dom oberen Schwarzbach, 24. Juni. Die Feuer...

zum Vorjahre ist der Ertrag der diesjährigen Ernte kaum...

Niederseifers, 24. Juni. Die von dem Major a. D....

Weisenheim, 24. Juni. In der Zeit vom 16. bis...

Drusbach, 24. Juni. Untere Stadtverordneten haben...

Sachsenburg, 24. Juni. Ein Industrieller aus Rhein...

Aus der Umgebung.

Rüffelsheim, 24. Juni. Aus Anlaß des Sieges des...

Rüffelsheim a. M., 24. Juni. Ein eigenartiges Fest...

Wiesbaden, 25. Juni. Die bei der Anlage der elektr...

Sport.

Rieker Woche.

Wiel, 25. Juni. Bei der gestern nachmittag erfolg...

Die Rennen zu München-Miem brachten am Donner...

Die Weltmeisterschaft im Einer, die zwischen dem...

Der Schießverein deutscher Jäger (Hauptverein) hält...

Zagen vom 29., 30. und 31. Juli zu Neumannswald...

Gerichtssaal.

5. Mainz, 23. Juni. Die hiesige Strafkammer...

Die Leiche im Koffer. Der frühere Möbelhändler...

Lehrpakt vor dem Reichsgericht. Das Landger...

Aus Bädern und Kurorten. Nordseebad Dangast, 23. Juni. In den...

Deutscher Reichstag.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“...

Deutscher Reichstag.

Am Bundesratsstisch Staatssekretär v. Sydow...

Abg. Bassermann (nass.) führt aus: Nachdem gestern...

Wir wollen ihren Siegestauf nicht hemmen. (Sehr gut!)

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 27.
"Tagblatt-Haus".
Schalterhalle geöffnet von 1 Uhr morgens
bis 8 Uhr abends.

26,000 Abonnenten.

2 Tagesausgaben.

Preisprophet:
Verlag (Expedition) 2953, Redaktion 52,
Druckerei 2266.
Auflage von 1 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Bezugspreis für beide Ausgaben: 50 Pfg. monatlich durch den Verlag Langgasse 27, ohne Frangir-
schein, 2 Pfg. vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausländisch Bestellglt. —
Bezugs-Bestellungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die 6 Druckereien, sowie die
181 Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Diebrich: die dortigen 36 Ausgabestellen und in den
benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigenpreis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“
in einheitlicher Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenführung, sowie für alle übrigen lokalen
Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfg. für lokale Werbeflächen; 2 Pfg. für auswärtige
Werbeflächen. Ganze, halbe, dritte und viertel Seiten, durchlaufend, sind besonders zu berechnen. —
Bei wiederholter Aufnahme vorüberdauernder Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entwerfender Rabatt.

Anzeigenannahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. Für die Aufnahme später eingereichter Anzeigen in die nächstfolgende Ausgabe wird keine Gewähr übernommen.

Nr. 292.

Wiesbaden, Samstag, 26. Juni 1909.

57. Jahrgang.

Abend-Ausgabe.

1. Blatt.

Die Steuer-Schnellfabrik.

△ Berlin, 25. Juni.

Im Reichstag wurde natürlich heute die Bülowrede fast mehr besprochen als die Steuervorlagen, die zur Verhandlung standen. Man konnte hier den Fürsten Bülow besser als die liberale Presse, die fast insgesamt die Forderung gestellt hat, entweder Rücktritt Bülows oder Auflösung des Reichstags. Man sagte sich, Bülow ist kein Mann scharfer Konjunkte. Er wird sehen, was die dritte Lesung ergibt, wenn die neue Mehrheit kein Mantelgesetz macht, dann ist Bülow in der Lage, die Steuern insgesamt anzunehmen, aber die Kotierungsteuer als besonders schädlich abzulehnen. Freilich wird diese Möglichkeit die neue Mehrheit gerade veranlassen, ein Mantelgesetz zu schaffen. Dann steht Fürst Bülow wieder vor der Frage, soll er das Ganze schlucken? Man erinnert dabei an das Wort, was nämlich im Reichstagsamt gefallen sein soll: Die Regierung schluckt alles, selbst wenn es Sägekläppen sind. Indes glaubt man, daß eine Einigung zwischen Bülow, dem Bundesrat und der neuen Mehrheit schon möglich sein wird. Fürst Bülow glaubt allerdings wohl, daß die Nationalliberalen ihm seine Nachsicht bei der Erbschaftsteuer nicht nachtragen, sondern daß sie sich womöglich positiv an der weiteren Mitarbeit bei den Steuervorlagen beteiligen werden. Hierfür ist die Erklärung des Herrn Baisermann in der heutigen Plenarversammlung gut. Darin kündigt er an, daß seine Fraktion zwar an der Debatte sich beteiligen, auch Anträge stellen, aber schließlich doch alle Vorlagen ablehnen will. Das konservativ-liberale Kartell soll die Verantwortung für die gesamte Steuerreform ungeschwächt tragen. Inbesonderem auffälligerweise will die nationalliberale Fraktion doch auch selbständig besondere Steuervorlagen machen. Sie will nämlich die Dividendensteuer und die Kapitalrentensteuer beantragen. Anscheinend soll dadurch die Kotierungsteuer ersetzt werden. Jedenfalls ist diese nationalliberale Erklärung nicht ganz klar und einheitlich. Die freisinnige Ablehnung der gesamten Steuerreform war deutlicher und uneingeschränkt. Im übrigen arbeitete heute der Reichstag in einer Art Geschwindschritt. Eine ganze Anzahl neuer Steuern wurden verhandelt und angenommen; die Umsatzsteuer für Immobilien, der Wechselkursempel, der Kaffee- und Teezoll und die Steuer auf Beleuchtungsmittel. In der Regel gab es bei den entscheidenden Paragraphen der einzelnen Vorlagen eine namentliche Abstimmung. Dabei zeigte sich, daß die Antisemiten vielfach von der neuen Mehrheit sich absonderten. Sie bewiesen sich doch einigermaßen Verständnis dafür, daß die vorgeschlagenen Steuern gerade den Mittelstand belasten. Namentlich flüchtig hat die neue Mehrheit den Kaffee- und Teezoll ausgearbeitet. Den Hauptvorleil

von dem Kaffeezoll werden z. B. die Fabrikanten der Kaffeefurrogate haben, für welche in der dritten Lesung vielleicht auch noch eine Steuer gemacht wird, denn bei all diesen Steuern sieht man natürlich nicht ein, warum nicht dem einen recht sein soll, was dem anderen billig ist.

Recht amüsant war die Verhandlung über die Steuern auf Beleuchtungskörper. Der nationalliberale Redner, der treffliche Dr. Weber, erregte im Laufe große Heiterkeit, als er eine ganze Anzahl Beleuchtungskörper auf den Tisch des Hauses niederlegte und nachwies, wie es bei kleinen elektrischen Birnen technisch gar nicht möglich sei, eine Bänderrolle anzubringen. Auch die naheliegenden Bänder, daß die Mehrheit einen Kampf gegen das Licht und die Erleuchtung überhaupt führe, ließ man sich auf der Linken nicht entgehen. Müller-Meinungen prägte das hübsche Wort, daß jeder Abgeordnete unter Mittelstand diejenigen Leute verstehe, von denen er gewählt sein wollte. Glücklicherweise ist nächster Tage eine Pause in den Verhandlungen, daß die neue Mehrheit Zeit hat, sich etwas gründlicher die Vorlagen anzusehen und durchzuarbeiten, damit bei der neuen Steuererhebung nicht zu viel Unsinn mit unterläuft.

Bülows Auffassung.

Offiziös wird erklärt: „Fürst v. Bülow bleibt; der Reichstag wird nicht aufgelöst! Der Kanzler hält es für seine Pflicht, gerade jetzt an der Spitze des Bundesrats auszuhalten, um das Schlimmste abzuwenden, nämlich, daß die Kotierungsteuer, Mählemehlfahrer und der Kohlenausfuhrzoll in der von der Kommission beschlossenen Fassung Gesetz werden. Die Finanzreform soll, muß und wird unter allen Umständen jetzt zustande kommen. Was Fürst v. Bülow nachher tun wird, ist seine Sache und bleibt abzuwarten.“ Durch dieses vorläufige Weiterverbleiben und Weiterarbeiten des Reichskanzlers hofft man derselben Quelle zufolge die Stellung der Verbündeten Regierungen zu stärken und auch bei den Parteien der Mehrheit die Neigung zu vermindern, ihre Kommissionsbeschlüsse ohne weiteres durchzusetzen.

Bülows Bericht an den Kaiser.

Sofort nach der Reichstagsabstimmung über die Erbschaftsteuer setzte sich der Reichskanzler mit dem Kaiser in Verbindung und erstattete einen ausführlichen Bericht, in dem er schließlich den Kaiser um eine persönliche Aussprache bat. Der Kaiser antwortete darauf, daß er den Fürsten in Kiel erwarte und hat ihn, schnellstens zu kommen. Aus diesem Grunde ist der Reichskanzler, der anfänglich erst heute fahren wollte, bereits gestern nacht abgereist. Außer dem Reichskanzler ist auch der Chef des Zivilkabinetts von Valentini und im Gefolge des Reichskanzlers Hauptmann von Schwarzkopf nach Kiel gefahren. Fürst Bülow begibt sich gleich nach seiner Ankunft auf die „Hohenzollern“, da der Kaiser ihn alsbald zu sprechen wünscht.

Fürst Bülow zum Vortrag beim Kaiser in Kiel!

Der Reichskanzler hat sich gestern abend zum Vortrag beim Kaiser nach Kiel begeben. — Bei der Abreise des Reichskanzlers und des Chefs des Zivilkabinetts heute nacht

auf dem Lehrter Bahnhof nach Kiel waren die Fürstin Bülow, der Staatssekretär des Innern Dr. v. Bethmann-Hollweg sowie verschiedene Herren der Reichskanzlei anwesend. Fürst Bülow unterhielt sich bis zum Abgang des Zuges lebhaft mit dem Staatssekretär des Innern.

Kombinationen.

Unter den Kombinationen, die in Reichstagskreisen bereits an die Voraussetzung von Bülows Rücktritt geknüpft werden, nennt der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ auf Grund seiner persönlichen Informationen folgende: Graf Wedel soll Reichskanzler werden, Fürst Radolkin sein Nachfolger in den Reichslanden, Staatssekretär v. Schöen aber Vorkämpfer in Paris, als Staatssekretär des Auswärtigen sei Riederlen-Wächter auszuweisen.

Die Auffassung der liberalen Parteien.

Die liberalen Parteien des Reichstags haben, wie sich eine hervorragende Persönlichkeit aus ihren Kreisen nach der Äußerung eines Berliner Blattes äußert, in bezug auf die zurzeit geschaffene Situation folgende Auffassung: Wir, die unterlegenen Parteien, können zurzeit keinerlei Beschlüsse fassen. Wir müssen abwarten, was die Regierung jetzt tut. Wir können weder den Reichskanzler wegschicken, noch einen neuen herbeirufen. Wir können auch die Regierung nicht zu irgendwelchen Maßnahmen veranlassen, die vielleicht in unserem Sinne geschehen könnten, noch viel weniger können wir den Reichstag auflösen. Deshalb muß jetzt unsere Parole sein: „Abwarten!“ Jedenfalls ist das eine Klar, daß schon die nächsten Tage eine definitive Entscheidung bringen müssen, falls nicht ein unhaltbarer Zustand eintreten soll. Eines ist weiter klar, daß die Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung, wenn sie ihrem in der letzten Zeit zur Genüge kundgegebenen Standpunkt treu bleibt, die jetzt im Plenum des Reichstags gefaßten Beschlüsse nicht sanktionieren kann; welche Wege sie einschlagen wird, um ihr Programm durchzuführen, das bleibt ihr überlassen. Eine Ansicht hierüber zu äußern ist zurzeit unmöglich.

Freisinniger Parteitag.

Wie wir hören, hat auch die freisinnige Volkspartei für den 3. und 4. Juli den erweiterten Zentralkomitee der Partei einberufen. Nach dem Parteistatut ist es dort unmöglich, in so kurzer Zeit einen Parteitag einzuberufen.

Die „opferwilligen“ Konservativen.

Die „konservative Korrespondenz“ sagt, es werde die Aufgabe der konservativen Partei sein, mit allen Kräften dahin zu streben, daß das große nationale Programm schnellmöglichst und in einer Weise zur Vollendung gelange, die das Einverständnis der Verbündeten Regierungen zu finden vermag. Sie wird zu diesem Behufe auch vor Opfern eigener Ansichten im einzelnen nicht zurückschrecken dürfen.

Die bisher bewilligten Steuern.

Der Reichstag hat die Fortsetzung der zweiten Lesung der verschiedenen Steuervorlagen auf nächste Woche Donnerstag verlagert. Bis jetzt sind vom Reichstag angenommen vom Steuerprogramm des Rumpfausschusses die

Feuilleton.

Schlusswort zu einem alten Kapitel.

Von R. Kögler.

(Schluß.)

Die bildenden Künste, lebendige, immer Neues schaffende Kräfte am Weibstuhl unserer gewaltigen Zeit müssen im ununterbrochenen Zusammenhang und Kontakt mit dem Leben bleiben, um Leben zu geben und Leben dafür zu empfangen. Ihr Gedeihen ist an die Existenzbedingungen alles Lebendigen gebunden, wie es denn nur einmal auf unserer Welt nicht anders ist, daß alle, auch unsere idealsten Bestrebungen des realen Bodens nicht entbehren können. Auch die bildende Kunst ist darauf angewiesen, ihre Werte an die Öffentlichkeit zu bringen, sie der Gesellschaft werdend vor Augen zu führen, einen Markt für sie aufzusuchen. Auch ihre Existenz basiert auf den nützlichsten, alltäglichen, praktischen Grundfragen des kaufmännischen Geistes. Wie jeder beliebige Geschäftsmann, der etwas zu verkaufen hat — nicht im geringsten anders — muß auch die Kunst ihre Ausstellungen- und Verkaufsräume möglichst inmitten des lebhaftesten Verkehrs dem Publikum in denkbar bequemster Weise zugänglich machen. Nur unklare, unnebelte Köpfe können glauben, der Künstler mache eine Ausnahme, und wohnen, in irgend einem Dachgeschoss sei seinen Ansprüchen und Bedürfnissen Rechnung getragen. Will daher die Stadt ein lebensfähiges, seinen Zwecken gewachsenen Wert schaffen, so muß sie diese einfachen, praktischen Grundfragen zu den übrigen machen. Der hauptsächlichste Zweck der zu erbauenden Kunststadt ist: das Kunstschaffen unserer Zeit fortlaufend in

ununterbrochenem Fluß und Zusammenhang unserer Einwohnerhaft und unseren vielen Fremden zur Anschauung zu bringen.

Es soll ein Institut geschaffen werden, das dem Kunstleben, dem Kunstbedürfnis, der künstlerischen Kultur unserer Zeit Rechnung trägt, das, wie schon angedeutet, einen Vereinigungspunkt für alle in unserer Stadt dieser Kultur praktisch und theoretisch dienenden Elemente samt ihrer stets wachsenden Laiengemeinde bildet, und in dem sich die Künstler aller Welt sowohl in ihren Werken als gelegentlich persönlich ein Rendezvous geben, ein Institut, das mit seiner Bedeutung auch die Bedeutung der Stadt hebt und ihrem Namen auch nach dieser Seite hin einen volltönenden Klang gibt.

Das klingt freilich fast großartig, und ich fürchte, nicht die Minderheit meiner Wiesbadener Leser wird erschrocken der Summen gedenken, die unsere verschiedenen Neubauten gekostet haben, das Häuflein von Millionen, das zinsfressend an den Finanzen der Stadt zehrt, wird, in Verbindung mit dem dem Stadtsäckel drohenden Gespenst der altzeitlosen, der schrecklichen Zeit, vor ihr aufsteigen, und mit unwillkürlich abwehrnder Handbewegung wird sie nach ihrem Portemonnaie greifen. Aber beruhigt euch, ihr lieben Wiesbadener, ich bin ja auch einer von euch und habe es, weiß Gott, nicht allzu dick sitzen — die Sache ist nicht annähernd so böse, wie sie euch erscheint. Ihr wißt ja gar nicht, obgleich ihr es wissen könntet, wie bescheiden und anspruchslos die bildende Kunst im Vergleich mit ihren publizierenden Schwestern ist. Wie hätte sie sonst so lange unter ihnen die Rolle des misshandeten, auf die Seite gedrückten Aischenspiels gespielt? Sie ist im Verhältnis zu jenen sehr leicht zu befriedigen. Mit dem Sämmchen zum Beispiel, das man an dem neuesten Tempel der unterhaltenen Künste, unbeschadet seiner Zweckmäßigkeit, Robesse und

Schönheit hätte mit Leichtigkeit sparen können, wären ihre Bedürfnisse doppelt und mehrfach gedeckt. In dem kleinen Baden-Baden, einem Sommerkurort, ist in jüngster Zeit ein neuer großer Kunstausstellungsbau errichtet worden, obgleich dieser Ort in seinem Kurjaal der bildenden Kunst schon längst ein Heim bereitet hatte. Wenn wir hier in Wiesbaden nur das hätten, was die dortige Bürgerchaft, an Zahl kaum halb so groß wie die unsrige, nicht etwa aus dem Stadtsäckel, sondern aus dem eigenen freiwillig zu diesem Bau beigetragen hat, dann wären die Ansprüche für eben diesen Zweck hier mehr als gedeckt. Die Tatsache der bei dieser Gelegenheit von den Bürgern Baden-Badens bewiesenen Teilnahme ist übrigens geeignet, der unsrigen nicht nur ein Beispiel zu geben, sondern auch ein, wie es scheint, sehr nötiges Licht aufzudecken. Jene Bürger Badenens, mögen sie noch so nobel und an gemeinsinniger Opferfreudigkeit der unsrigen vielleicht überlegen sein, werfen ihr Geld doch wohl auch nicht gerade zum Fenster hinaus. Diese Opferfreudigkeit für diesen Zweck gibt von ihrer Ansicht Zeugnis, daß mit den Elementen unter anderen, deren Bedürfnisse darin gipfeln, immer wieder neu zu konstatieren, daß ein Pferd schneller laufen kann als das andere, die Einte der Gesellschaft nicht erschöpft ist, und daß es über jene hinaus noch Kreise gibt, deren Heranziehung solche Opfer lohnt. Und wenn die Künstlerchaft Gesamtbadens, deren Initiative und wertvoller Mitwirkung dieser Ausstellungsbau sein Entstehen verdankt, damit klar zu erkennen gibt, welchen Wert sie darauf legt, in dem Kurort, der nur ein Sommerleben hat, ausgiebig vertreten zu sein, einen Markt für ihre Werke zu besitzen, so ist das ebenfalls eine, unser Verständnis und unsere Einschätzung der Sache aufs beste klärende Tatsache. Beispiele aus einer Reihe anderer Städte, die mir zu Gebote stehen, will ich um nicht zu weitläufig zu werden,

Kotierungssteuer mit 80 Millionen, Erhöhung des Kaffee- und Teezolls mit 36 Millionen, die Wertzuwachssteuer für Grundstücke mit 50 Millionen und die Steuer auf Beleuchtungsmittel mit 20 Millionen, weiter von den Erbschaftsteuern der Regierung der Umsatzsteuer bei Grundstücksübergabe mit 20 Millionen und die Erhöhung des Wechselstempels mit 7 Millionen Mark, zusammen rund 200 Millionen Mark. — Zur Beratung stehen noch von den Regierungsvorlagen, die die neue Mehrheit nach den Beschlüssen des Finanzsausschusses annehmen wird: die Erhöhung des Effektenstempels mit 10 Millionen und der Scheckstempelsteuer mit 15 Millionen Mark; weiter aus dem Steuerprogramm des Rumpfsausschusses: die Zündwarensteuer mit 25 Millionen, die Röhrenumsatzsteuer mit 12 Millionen, der Ausfuhrzoll auf Kohlen und Koks mit 25 Millionen, die Parfümsteuer mit 8 Millionen, die Erhöhung der Schaumweinsteuer mit 5 Millionen Mark; weiter die drei ursprünglichen Regierungsvorlagen: die Branntweinsteuer mit 80 Millionen, die Tabaksteuer mit 30 Millionen und die Biersteuer mit 100 Millionen Mark, zusammen also rund 300 Millionen Mark, so daß der Regierung insgesamt mit den bereits angenommenen Steuern 500 Millionen Mark neue Steuern dargeboten werden können.

Eine Dividendensteuer der Nationalliberalen.

Die nationalliberale Fraktion hat beschlossen, im Reichstag einen Antrag auf Einführung einer Dividendensteuer von 2 Prozent einzubringen.

Die Ansicht im Ausland.

Die Reichstags-Sitzung am Donnerstag wird in Paris in langen Telegrammen geschildert, ohne daß die Zeitungen vorläufig eigene Kommentare hinzufügen. Nur aus den Überschriften läßt sich ersehen, daß man den Ausgang als eine schwere Schlappe Bülow's betrachtet und diese Stunde für entscheidend hält. Im allgemeinen neigt sich die Ansicht dahin, daß die Auflösung des Reichstags das beste Mittel wäre, die Lage zu klären.

Deutscher Reichstag.

Vorlesung des Draft-Berichts in der Morgen-Ausgabe. Berlin, 25. Juni.

In der weiteren Beratung über den Immobilienumsatzsteuer

erklärt nach der bereits in der Morgen-Ausgabe mitgeteilten Erklärung der nationalliberalen Partei

Abg. Dr. Wiemer (freif. Vpt.): Ich habe ebenfalls eine Erklärung abzugeben. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft hat, überzeugt von der Notwendigkeit einer gründlichen Ordnung der Reichsfinanzen, sich von Anfang an zu positiver Mitarbeit bereit erklärt. Sie hat aber als unabweisliche Voraussetzung für die Zustimmung zu den indirekten Steuern

die gleichzeitige Heranziehung der tragfähigen Schultern durch eine angemessene und gleichmäßig wirkende Belastung des Besitzes

bezeichnet. Dieser schon in der ersten Lesung abgegebenen Erklärung hat unsere bisherige Haltung in der Kommission wie im Plenum entsprochen. Die Verhandlungen haben ergeben, daß im Rahmen der vorliegenden Finanzreform die Erbschaftsbesteuerung als allein mögliche Form der Besitzbesteuerung in Betracht kommt. In der gestrigen Sitzung ist der Ausbau der Erbschaftsbesteuerung endgültig abgelehnt worden. Damit entfällt die Voraussetzung, von deren Erfüllung wir unsere positive Mitarbeit abhängig gemacht haben.

Wir sehen uns daher gezwungen, gegen die weiteren Steuervorschläge, die Verbrauch und Verkehr betreffen, zu stimmen.

Wir werden uns an den weiteren Beratungen beteiligen und bemüht sein, Verbesserungen im einzelnen durchzusetzen. Wir werden aber bei den entscheidenden Abstimmungen unsere Zustimmung zu den Vorlagen versagen müssen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Sachlich habe ich den Erklärungen der Vorredner nichts hinzuzufügen. Ich muß aber den Ausdruck zurückweisen, den der Abg. Voffermann uns gegenüber gebraucht hat. Wir haben gestern nicht Rache

genommen. (Lachen links.) Wir haben gestern aus rein sachlichen Erwägungen gehandelt. (Großes Lachen links.)

Abg. Raab (Wirtsch. Vgg.): Wir stimmen gegen die Besteuerung des Umsatzes. Wir können uns nicht von den Bedenken freimachen, daß eine solche Umsatzsteuer in hohem Maße Landwirtschaft und Gewerbe belastet, und auch die Widerlungen, die angeführt sind, können unsere Bedenken nicht aus dem Wege räumen. (Beifall.)

Abg. Dr. David (Soz.): Ich könnte eine gleiche Erklärung abgeben wie die Nationalliberalen und Freisinnigen. Unsere Stellung ist aber klar, vor allen Dingen zu den indirekten Steuern. Ich brauche darüber kein Wort zu verlieren. Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um anzufügen, ob denn die Regierung keine Erklärung abzugeben hat. (Lebhafte Beifall und große Heiterkeit links.)

Damit ist die Aussprache beendet. Eine sachliche Erörterung über die Umsatzsteuer findet nicht statt. Es erfolgt die namentliche Abstimmung über die Erhöhung des von der Regierung vorgeschlagenen Stempelsatzes auf 1/2 Prozent.

Von 326 abstimmbaren Mitgliedern stimmen 174 für, 151 gegen den Kommissionsbeschluss, eine Stimmenthaltung.

In einfachen Abstimmungen werden auch die Restbestimmungen der Kommissionsvorlage über den Immobilienumsatzsteuer genehmigt.

Der Wechselstempel.

Die Kommission hat die Stempelerhöhung, die der Regierungsentwurf für alle länger als drei Monate laufenden Wechsel vorschlägt, auf die Wechsel mit mehr als sechs Monaten Laufzeit beschränkt.

Schatzsekretär Dr. Sydow weist darauf hin, daß diese Einschränkung den erwarteten Ertrag auf ein Minimum reduzieren würde.

Die Abgg. Kämpf (freif. Vpt.), Graf Nelszynski (Vole), Dr. Weber (nat.) und Singer (Soz.) lehnen die Vorlage, die eine Verkehrssteuer schlimmster Art

sei und keinen wesentlichen Ertrag bringen werde, ab.

Abg. Frhr. v. Gamp (Npt.) empfiehlt den Kommissionsbeschluss.

Die Vorlage wird angenommen.

Der Kaffee- und Teezoll.

Der Zoll auf rohen Kaffee wird durch die Vorlage von 40 auf 60 M. erhöht, für gedrahteten, gerösteten und gemahlten Kaffee auf 80 M., der Teezoll von 25 auf 100 M. für den Doppelzentner.

Abg. Dr. Bachnide (freif. Vgg.) bekämpft die Zollerhöhung. Es handelt sich um Besteuerung eines der wichtigsten Konsum- und Weltmarktartikel. Nicht einmal der gewöhnlich höchste Zolltarif von 1902 hat hier eine Zollerhöhung in Aussicht genommen. Belastet man einseitig den Kaffee, so tritt eine Verschiebung zugunsten der Surrogate ein. Weiter wird die erfreuliche Entwicklung zum Ersatz des Alkohols durch Kaffee gehindert.

Auch dieses Gesetz ist in leichtsinnigster Weise gemacht worden.

Man hat willkürlich ein paar Zahlen genommen, ohne sich über die Wirkung des Zolls klar zu werden. Auch an Drucksehern fehlt's nicht.

Abg. Dr. Koeslde (konf.): Die Wirkung des Zolls ist natürlich in Betracht gezogen worden. Herr Bachnide hat den Kommissionsbericht nicht aufmerksam genug gelesen. Jedenfalls freuen wir uns über die Mitarbeit der Linken. (Lachen links.) Wenn Herr Bachnide hier den Korrektor spielt, der nach Drucksehern sucht, so ist das seine Sache. (Heiterkeit rechts.)

Abg. Mollensbühr (Soz.): Wieder sollen die Armen und Armsten belastet werden, damit die Reichen frei bleiben.

Dieser Zoll richtet sich geradezu gegen den Familienstamm. (Heiterkeit.) Aber Sie nehmen freilich nur Ihren besonderen agrarischen Familienstamm, der sich als ein Portemonnaie charakterisiert, in Schutz. Sie wollen den Alkoholgenuss steigern, damit Sie aus dem Branntwein noch mehr heraus schlagen. (Lachen rechts und im Zentrum.) Also wieder eine Liebesgabe.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Nach Mitteilung vom Reichsschatzsekretär ist von freisinniger Seite die Erhöhung des Kaffeezolls angetregt worden.

es keinen Reiz für sie haben, in den Mauern dieser herrlichen Stadt, die ihre Heimat geworden, sich eine ewige Dant- und Ehrenstatue zu erwerben? . . . Ich stelle diese Fragen in aller Bescheidenheit an den Schluss dieser meiner wohlwogeneren in einer langen Reihe von Jahren gereiften Schrift, nicht ganz ohne einen Schimmer von jenem optimistischen Vertrauen, das, wie ich oben schon andeutete, im Laufe der Zeit so viel an Kraft verloren hat. Es werden ja hier keine Riesenopfer gefordert. Wir haben an der Kunsthalle der Wiesbadener Ausstellung ein ungefähres Beispiel dessen, was wir hier brauchen. Wer da weiß — und jeder kann es erfahren — wie wenig dieses ganze Bauwerk gekostet hat, dem wird es leicht werden, die Summe zu berechnen, die erforderlich wäre, einen ähnlichen Bau, entsprechend ergänzt, aus dem Provisorischen ins Dauernde zu überführen, und er wird zu der Erkenntnis kommen, daß die Furcht vor den Kosten gerade hier eine durchaus unbegründete ist, namentlich, wenn er bedenkt, daß der für das neue Museum referierte Platz nach sachverständigem Gutachten auch für diese Lösung ausreicht und daß die Summe, die man für den der bildenden Kunst zu erbauenden Dachgeschloß über den anderen Sammlungen doch auch ausgeben müßte, für die lebendige Mission, die diese in Wiesbaden zu erfüllen hat, einfach hinausgeworfenes Geld wäre. . . . Und damit ist, was ich noch einmal zu sagen für meine Pflicht halte, gesagt.

Zwei Dinge sind es, für die ich in Wiesbaden eingetreten bin: die Erhaltung und Verschönerung unserer herrlichen Natur und die Pflege der bildenden Kunst. Natur und Kunst sind die guten Feen, die unserm gesegneten Taunus mit seinen wunderbaren Quellquellen die höhere Weiße und Würde geben, die es in Armut und Schönheit leiden und es zur Heimat von Geist, Herz und Gemüt erheben. Ob mein bescheidenes Eintreten für die beiden edlen Geschwister einen mehr als vorübergehenden Eindruck gemacht hat und mit diesen Feen noch machen wird, ob sie in Zukunft diejenige Wertschätzung und Pflege finden werden, die sie verdienen, weiß ich nicht, ich kann es nur wünschen und hoffen. Eins aber weiß ich, und das steht unumstößlich fest bei mir: wenn Natur und Kunst neben unsere Quellen nicht an die Spitze unserer Heiligkeiten gestellt werden, dann hat sich die Stadt ihres besten Segens begeben. Und damit will ich, all und müde geworden, dies lange Kapitel schließen und die Feder niederlegen mit dem gemütvollen Bewußtsein, meine geringen Kräfte für unanständig Gutes eingesetzt zu haben.

Abg. Frhr. v. Gamp (Npt.): Eine Erhöhung des Inlandpreises wird nicht die Folge der Erhöhung des Kaffeezolls sein. Um den Kaffeepreis hoch zu halten, hat man einmal einen Kaffee — ich glaube argentinischen — ins Meer geschüttet.

Abg. Dr. Semler (nat.): Tee wird gerade in Ostpreußen in armen Kreisen viel getrunken; dort ist er geradezu ein Nahrungsmittel.

Abg. Gothein (freif. Vgg.): Von freisinniger Seite ist auf keinen Fall eine Anregung zur Erhöhung des Kaffeezolls gekommen. (Schatzsekretär Sydow ruft: In einem Artikel der „Befreiung“) Das ist ganz etwas anderes! Das ist ein Organ, das mit unserer Partei in keiner Beziehung steht. Übrigens gehört der Kaffeezoll in die Parfümerie-Steuerabgabe. Da besteuern Sie ja alle Schönheitsmittel, und

Kalter Kaffee macht schön.

(Heiterkeit.) Redner stellt einen Antrag, wonach bei Lieferungsverträgen über Kaffee und Tee, die vor dem 1. Juni dieses Jahres im Inland geschlossen sind, der Verkäufer berechnigt sein soll, von dem Empfänger Ersatz des höheren Zollsatzes für nach dem Inkrafttreten der Zollerhöhung gelieferte Ware zu beanspruchen.

Abg. Hegler (freif. Vgg.): Ehe bei uns die Arbeiter morgens aufs Feld gehen, trinken sie Tee. Bei uns wird der Arbeiter durch den Teezoll mehr belastet als in Ostpreußen ein Gutbesitzer mit 5000 Morgen, wenn er keine Einkommensteuer zahlt. (Heiterkeit.)

Ministerialdirektor Kühn: Eine Besteuerung der Surrogate werden wir auf Wunsch in Erwägung ziehen, aber sie hat ihre Schwierigkeiten.

Abg. Dr. Koeslde (konf.): In anderen Ländern haben wir einen viel höheren Zollsatz für Kaffee als bei uns.

In namentlicher Abstimmung wird

die Erhöhung des Kaffeezolls mit 187 gegen 154 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen.

Die gleiche Mehrheit nimmt auch den Teezoll an, ebenso den Antrag Gothein.

Die Besteuerung der Beleuchtungsmittel.

Verichterstatter ist Abg. Dr. Koeslde (konf.): Die Kommissionsmehrheit hat diese Steuer der ursprünglichen Regierungsvorlage über die Elektrizitätssteuer entnommen.

Abg. Dr. Weber (nat.-lib.) läßt von einem Diener eine größere Kiste mit Beleuchtungskörpern, elektrischen Birnen aus dem Tisch des Hauses stellen: Die Vandalensteuer ist bei keinem Artikel so unmöglich, wie bei den Beleuchtungskörpern. Wie wollen Sie eine Vandalen schaffen für diesen großen und für diesen kleinen Beleuchtungskörper? (Redner zeigt eine große und eine ganz kleine elektrische Birne unter der Heiterkeit des Hauses vor.) Dann: wohin wollen Sie die Vandalen leiten? Lieben Sie sie hier auf diese kleine Birne, erfüllt die Lampe ihren Zweck nicht, und lieben Sie sie hier unten an die Birne, so kann dieser Teil mit der Vandalen abgedreht werden und bei der nächsten Lampe diese Vandalen wieder benutzt werden. (Heitere Zustimmung.)

Auch müßte der Steuerbeamte kontrollieren können, wieviel Watt bei den Beleuchtungskörpern in Frage kommen. Er müßte also in der Elektrotechnik ausgebildet werden. Siemens u. Halske schickt jeden Tag 60 000 von diesen Glühlampen hinaus. Hundert Steuerbeamte müßte allein diese Fabrik haben, um zu kontrollieren, wieviel Watt bei den einzelnen Glühlampen in Frage kommen.

Große Fabriken haben auch sehr viel mit dem Ausland zu tun. Bei einer Fabrik gehen 90 Prozent dieser Lampen ins Ausland. Der Steuerbeamte müßte bei jeder Exportsendung in der Fabrik sitzen, um der Fabrik die Möglichkeit zu verschaffen, damit diese die unnütz verauslagte Steuer wiederbekommt. Derartigen Gesetzen können meine politischen Freunde nicht zustimmen. (Abg. Hegler: Schutz der nationalen Arbeit!)

Diese Gesetze sind verkehrsfreundlich

und hindern den Betrieb einer großen Fabrik. Redner trägt weiter eine Reihe von technischen Bedenken gegen die Steuer vor und beantragt, die Kohlenstablampen zur Hälfte des Satzes wie die Metallstablampen zu besteuern, und die Kohlenstifte durchgehend mit 60 Pf. zu besteuern. Zum Schluß appelliert er an den guten und vernünftigen Sinn auch der Herren der Mehrheit (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Nach Mitteilung vom Reichsschatzsekretär ist von freisinniger Seite die Erhöhung des Kaffeezolls angetregt worden.

Abg. Dr. Spahn (Zentr.): Nach Mitteilung vom Reichsschatzsekretär ist von freisinniger Seite die Erhöhung des Kaffeezolls angetregt worden.

Aus Kunst und Leben.

h. Frankfurter Schauspielhaus. Man schreibt uns unter dem 25. Juni: Festtage sind angebrochen. Irene Triesch ist im „Johann-Jollus“ zu einem Gastspiel an vier Abenden eingetroffen. Gleich am ersten Abend war aber trotz erhöhter Preise und aufgehobenem Abonnement der Andrang des Publikums so gewaltig, daß ein fünfter Gastspielabend eingeschoben wurde. Gestern spielte Irene Triesch die „Sedda Gable“. Eine Offenbarung, schlechterdings kein Wort zu viel, um die Vollendung dieser Leistung zu charakterisieren. Daß die Dankbarkeit und Begeisterung des ausverkauften Hauses gegenüber dem berühmten Gaste gewaltig durch das Theaterklang, war begreiflich. Unter Ensemble — in der Freude, mit dem früheren Mitglied einmal wieder zu spielen — bot sein Bestes. Nur dürfte durchweg mehr Rücksicht auf die schlechte Musik des Hauses genommen werden.

Bildende Kunst und Musik.

Vom 16. bis 20. September wird in München der 9. Internationale kunsthistorische Kongress abgehalten werden.

Wissenschaft und Technik.

Dr.-Ing. Adolf Wajinger von der technischen Hochschule in Darmstadt ist zum Professor der technischen Hochschule in Trondjem ernannt worden.

übergehen und noch einmal darauf zurückkommen, warum ich diese Zeilen nicht an die Stadtvorstände, sondern an die Gesamteinwohnerschaft gerichtet habe.

Unsere modernen Freizügigkeits sammelplätze sind naturgemäß weit weniger veranlagt, jene Bürgertugenden aller abgeschlossener, in sich geschriebener Städte zu zeitigen, als Zusammengehörigkeitsgefühl, Gemeinfinn, Heimatstolz, die sich wie in guten Familien vom Vater auf den Sohn vererbend und in der Form von Vermächtnissen, Schenkungen und Zuwendungen aller Art zum Besten des Wohls und Ruhmes der Vaterstadt in früheren Jahrhunderten bis in die Neuzeit — ich erinnere nur an das Städtische und das Sentenbergische Institut in Frankfurt, das Waltraf-Richards-Museum in Köln — so großes geleistet haben, und in denen sich besonders die edlen, wohlhabenden, angesehenen Patriergeschlechter hervorgetan und ihre Namen dauernd und ehrenvoll in die Chroniken eingetragen haben. So ist namentlich unsere, schier über Nacht groß gewordene internationale Stadt, in der von einer angestammten Bürgerschaft kaum mehr die Rede sein kann, noch zu jung und zu wenig zusammengewachsen, um dergleichen familiäre Tugenden und ihre Werte in nennenswerter Weise hervorzubringen, und sie wäre doch ihren Mitteln nach in der Lage, viel Gutes und Schönes nach dieser Richtung zu schaffen. Namentlich bei Fragen wie die vorliegende, die nicht ein direktes materielles Bedürfnis berühren, sondern auf höhere, über dem Alltag stehende ideale Dinge gerichtet sind, wäre ein so schöner Boden gegeben für jene alte, ehrwürdige, stolze Bürgerbetätigung. Und wäre es denn selbst vom modernen Freizügigkeitsstandpunkt aus für die vielen reichen, gebildeten Herrschaften, die in unserer schönen Stadt ihr amütliches, behagliches Zelt aufgeschlagen haben, so ablegend, bergleichen Fragen, die dem Sinn des geringen Mannes fernere stehen, ihre Hilfe zu leihen? Die Kräfte, die sich bemühen, die Stadt ihrer Wahl immer mehr mit Edlen und Schönen zu schmücken, ihrerseits mit ihren Mitteln zu unterstützen, dürfte

übergehen und noch einmal darauf zurückkommen, warum ich diese Zeilen nicht an die Stadtvorstände, sondern an die Gesamteinwohnerschaft gerichtet habe.

Seite 1.
 Seite 2.
 Seite 3.
 Seite 4.
 Seite 5.
 Seite 6.
 Seite 7.
 Seite 8.
 Seite 9.
 Seite 10.
 Seite 11.
 Seite 12.
 Seite 13.
 Seite 14.
 Seite 15.
 Seite 16.
 Seite 17.
 Seite 18.
 Seite 19.
 Seite 20.
 Seite 21.
 Seite 22.
 Seite 23.
 Seite 24.
 Seite 25.
 Seite 26.
 Seite 27.
 Seite 28.
 Seite 29.
 Seite 30.
 Seite 31.
 Seite 32.
 Seite 33.
 Seite 34.
 Seite 35.
 Seite 36.
 Seite 37.
 Seite 38.
 Seite 39.
 Seite 40.
 Seite 41.
 Seite 42.
 Seite 43.
 Seite 44.
 Seite 45.
 Seite 46.
 Seite 47.
 Seite 48.
 Seite 49.
 Seite 50.
 Seite 51.
 Seite 52.
 Seite 53.
 Seite 54.
 Seite 55.
 Seite 56.
 Seite 57.
 Seite 58.
 Seite 59.
 Seite 60.
 Seite 61.
 Seite 62.
 Seite 63.
 Seite 64.
 Seite 65.
 Seite 66.
 Seite 67.
 Seite 68.
 Seite 69.
 Seite 70.
 Seite 71.
 Seite 72.
 Seite 73.
 Seite 74.
 Seite 75.
 Seite 76.
 Seite 77.
 Seite 78.
 Seite 79.
 Seite 80.
 Seite 81.
 Seite 82.
 Seite 83.
 Seite 84.
 Seite 85.
 Seite 86.
 Seite 87.
 Seite 88.
 Seite 89.
 Seite 90.
 Seite 91.
 Seite 92.
 Seite 93.
 Seite 94.
 Seite 95.
 Seite 96.
 Seite 97.
 Seite 98.
 Seite 99.
 Seite 100.

Heiterkeit.) diesem Gesetz unter keinen Umständen zuzustimmen. (Beifall links.)
 Schatzsekretär Sydow: Wenn man Petroleum, das Beleuchtungsmittel der Armen, besteuert, kann die elektrische Beleuchtung nicht unbesteuert bleiben. Die Schwierigkeiten bei der Kontrolle seien nicht so groß. Einer anderen Regelung der Besteuerung der Metallfäden sehen wir freundlich gegenüber.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (freis. Volksp.) begründet den ablehnenden Standpunkt seiner politischen Freunde. Den Antrag Weber werden wir selbstverständlich annehmen. Bei der ersten Lesung haben sämtliche Parteien, mit Ausnahme der äußersten Rechten, einmütig den ganzen Gesetzentwurf abgelehnt. Die großen technischen und kommerziellen Schwierigkeiten hat ja Dr. Weber bereits erschöpfend dargelegt. Aber ich möchte

das mittelfrandsfeindliche Element hervorheben, das diesem ganzen Gesetzentwurf zugrunde liegt. (Zustimmung links.) Diese Steuer trifft die kapitalistischen großen Unternehmungen sehr wenig; sie trifft die kleinen, die Kleinhandlender, die Arbeiter in den Fabriken, und insbesondere die kleinen Gemeinden und Kreise mit ihren Gas- usw. Einrichtungen.

Sie paßt in den Rahmen dieser ganzen städtefeindlichen Gesetzgebung, ist eine Episode dieses ganzen Städtekrieges, der hier geführt wird.

(Lebhafte Zustimmung links.) Es wird wieder mit dem Petroleum des armen Mannes operiert, und die Elektrizität gewissermaßen als die Beleuchtung des reichen Mannes angesehen. Ich möchte das den Herren vom Zentrum vor allem vorhalten, daß die Elektrizität gerade in den ländlichen Kreisen, bei uns in den Alpen- und Ostalpen- und Oberbayern usw., überall eingeführt wird. Die Logik wäre aber doch die, daß man alle Lichtquellen möglichst verbilligt. Darum belegen wir das Petroleum mit einem hohen Zoll, weil es ein ausländisches Produkt ist, dann aber auch aus dem Grunde, und das haben die Herren vom Zentrum vorgetragen, weil es sich um die Konkurrenz des Spiritus handelt. (Hört! Hört! links.)

Nach hier wieder die Provision der ostelbischen Agrarier. Welche Heße hat die bayerische Zentrums- und Fraktion im Frühjahr losgelassen gegen die Lichtschauen liberalen Volkstümmer, (Hört! Hört! links.) die sogar das Rotwengige des Menschen, das Licht, in ihrer Block- und Steuernützigkeit dem deutschen Volke verteuern wollten. (Hört! Hört! links und Heiterkeit.) Hier könnte man wiederum dem deutschen Volke zeigen, wie die Volkstümmer, allererschwerztesten Bayerns losch über eine solche kulturfeindliche liberale Arbeit. (Heiterkeit.) Na, wir werden ja sehen, wie sich die Herren vom Zentrum dazu verhalten. Ich unterschreibe jedes Wort, das Herr Speck in der Bayerischen Kammer sprach.

Wenn es eine Steuer gibt, die gegen den gewerblichen Fortschritt, gegen den deutschen Mittelstand sich richtet, dann ist es diese Lichtsteuer.

Sie ist geradezu eine Prämie für den Herrn Rockefeller. Man sagt, die Steuer ist so niedrig; aber wie ausbaufähig ist sie! Der Beleuchtungsmittelsteuer folgt die Kraftsteuer mit logischer Konsequenz. Wer für die eine stimmt, trägt auch für die andere die volle Verantwortung. (Sehr richtig! links.) Hoffentlich erkennt der Mittelstand und auch dieser Steuer und der Abstimmung zu ihr, was er von den Redensarten der Parteien, die fortgesetzt den Mittelstand im Runde haben, zu halten hat. Wir lehnen diese Steuer als vollkommen kultur- und mittelfrandsfeindlich ab. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Severing (Soz.): Auch wir machen den Sprung ins dunkle

nicht mit. Denn gerade die Arbeiter werden von dieser Lichtsteuer betroffen, weil sie in vielen Betrieben selbst für Beleuchtung sorgen müssen. Man sollte der Ausbreitung des Gases und der Elektrizität den Weg ebnen; durch die neue Steuer wird man aber die Unternehmer veranlassen, wieder Petroleum zu verwenden. Die Zahl der Feuerbrände wird dadurch erheblich steigen.

Abg. Graf Westary (Konf.) lehnt den Antrag Weber ab.

Abg. Cuno (freis. Volksp.): Die Herren, die dieses Gesetz gemacht haben, haben

keine Ahnung von den tatsächlichen Verhältnissen. Die Erträgnisse werden in keinem Verhältnis stehen zu dem Schaden, der dem gewerblichen Leben zugefügt wird. Ministerialdirektor Kühn hält die geäußerten Bedenken nicht für stichhaltig.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (freis. Volksp.): Die Herren von der Rechten glauben, daß der Mittelstand berechtigt ist, wenn sie in jeder Minute einmal das Wort Mittelstand in den Mund nehmen.

Das Zentrum hat in Bayern gegen die Steuer auf Beleuchtungsröhren gestimmt. Jetzt tritt es als eine wahrhaft mittelfrandsfeindliche Partei dafür ein.

Abg. Dr. Fischer (Zentr.) weist den Vorwurf der Mittelfrandsfeindlichkeit ab. Damals habe es sich um etwas ganz anderes gehandelt, nämlich in erster Linie um die Steuer auf die elektrische Energie; jetzt handele es sich um den kleineren Teil der damals vorgeschlagenen Steuer.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (freis. Volksp.) wird mit großem Hallo und stürmischen Schlußrufen von der Rechten und dem Zentrum empfangen: Ich möchte den Herrn Präsidenten nur fragen, ob es erlaubt ist, das Wort „Resuit“ auszusprechen, ohne bestraft zu werden. (Heiterkeit, Hallo!)

Abg. Dr. Heim (Zentr.): Und ich möchte den Herrn Präsidenten fragen, ob es erlaubt ist, zu jammern, wie es Dr. Müller-Meinungen so oft tut: Dann jammere ich aus Guplow's Rittern vom Geist: Wenn man einen minoron Menschen möglichst rasch erkennen will, braucht man nur die Sprache auf die Jesuiten zu bringen. (Heiterkeit und Beifall rechts und im Zentrum.)

Zu namentlicher Abstimmung wird § 1 des Körperssteuerentwurfs mit 185 gegen 160 Stimmen angenommen, bei 2 Stimmenthaltung. — Der Antrag Weber wird abgelehnt.

Nach Erledigung dieser Steuervorlage beraumt der Präsident die nächste Sitzung auf Mittwoch 1 Uhr an: Interpellation der Sozialdemokraten, betreffend Lebensmittelerzeugung und Getreidezoll.

Abg. Singer (Soz.): Man kann zweifelhaft sein, ob eine derartige Verhandlung zweckmäßig ist, bevor der Reichskanzler Erklärungen über die gegenwärtige Lage abgegeben hat. Wir sind der Meinung, daß das so schnell wie möglich geschehen soll. Um ihm dazu Gelegenheit zu geben, beantrage ich, die Sitzung schon morgen abzuhalten.

Es wird darüber abgestimmt. Der Antrag wird gegen die Linke abgelehnt.

Nächste Sitzung: Mittwoch. — Schluß 7 Uhr.

Preussischer Landtag.

Fortsetzung des Protokolls in der Morgen-Ausgabe. Herrenhaus. — Berlin, 25. Juni.

Am Ministertisch Freiherr v. Rheinbaben. Präsident v. Mantuffel eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 50 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Stempelsteuergesetzesnovelle.

Das Abgeordnetenhaus hat den Stempel für Automaten und Musikwerke, für Miet- und Jagdpachtverträge herabgesetzt.

Graf v. Reichenbach-Goschütz empfiehlt die Fassung des Abgeordnetenhaus zur Annahme.

v. Buch: Ich sehe in den Abänderungen des Abgeordnetenhaus keine Verbesserung. Es macht fast den Eindruck, als ob man die Änderungen nur vorgenommen hat, um überhaupt etwas zu ändern. (Sehr richtig!) Die Regierung hat sich einverstanden erklärt. Sollen wir nun den Konflikt gegen Regierung und Abgeordnetenhaus aufnehmen? Wir müssen klar und deutlich aussprechen, daß wir das Verhalten des Abgeordnetenhaus nicht billigen.

(Sehr richtig!) Sollte das Abgeordnetenhaus auf dem eingeschlagenen Wege weiterstreben, so werden wir energisch betonen, daß wir dieselben Rechte beanspruchen wie der andere Faktor der Gesetzgebung. (Beifall.)

Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben: Ich habe mich mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhaus nicht einverstanden erklärt und sogar die Beschlüsse des Herrenhaus vertreten. Anerkannt muß doch aber werden, daß das Abgeordnetenhaus sich in sehr wichtigen Punkten auch den Beschlüssen des Herrenhaus gefügt hat, wie beim Fahrradstempel. Wenn die Vorlage heute nicht verabschiedet wird, kann sie erst am 1. August in Kraft treten.

Fürst von Lichnowski: Das Abgeordnetenhaus hat die bäuerlichen Jagdpächter zu unrecht bevorzugt. Das ist nur Stimmensang und Popularitätshascherei, keine wohlüberlegte Sozialpolitik. Oberbürgermeister Ehlers-Danzig: Meine Fraktion teilt die Ansicht des Herrn v. Buch über das Verhalten des Abgeordnetenhaus. Man will uns dieselbe Stellung geben, die die junge Ehefrau ihrem Gatten zumute, als sie erkläre:

Wenn wir derselben Meinung sind, soßt du recht haben, sind wir verschiedener Meinung, dann habe ich recht.

(Heiterkeit.) Wir haben nun leichsinnigerweise verschiedentlich den Versuch gemacht, Regierungsvorlagen wiederherzustellen. Das ist uns aber nicht sehr gut bekommen, denn das Abgeordnetenhaus will immer recht haben. Dabei steht das Herrenhaus, was die sachliche unparteiische Behandlung der Dinge anbetrifft, keineswegs hinter dem Reichstag oder dem Abgeordnetenhaus zurück. Eine Reichsfinanzreform des Herrenhaus würde gewiß hier schneller zustande kommen und schließlich auch nicht schlechter werden, als sie jetzt werden wird. (Heiterkeit und Beifall.) Jedenfalls kann das Abgeordnetenhaus nicht verlangen, daß wir zu allen Beschlüssen und Zustimmung des Abgeordnetenhaus einfach sagen: Ja, mit dem größten Vergnügen!

Die Diskussion schließt. Das Gesetz wird in der Fassung des Abgeordnetenhaus unverändert angenommen.

Es folgt die Beratung des Vorles vom Abgeordnetenhaus zurückgekommenen abgeänderten Gesetzentwurfes, betreffend die Haftung des Staates für Amtspflichtverletzungen von Beamten. Das Abgeordnetenhaus hat bekanntlich den § 5, der von den

Amtspflichtverletzungen der Lehrer und Lehrerinnen handelt, gestrichen.

Als Berichterstatter tritt Graf Dehr für die Annahme der Fassung des Abgeordnetenhaus ein. Gegen den Widerspruch des Oberbürgermeisters Struckmann-Hildebrandt wird die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhaus angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags Graf Saeckler über das

Fortbildungsschulwesen.

Die Kommission fordert eine Vorlage, durch die der Besuch der Fortbildungsschule bis zum vollendeten 18. Lebensjahre für obligatorisch erklärt wird. Der Forderung, das Fortbildungsschulwesen unter das Unterrichtsministerium zu stellen, ist die Kommission nicht beigetreten.

Nach kurzer Aussprache wird der Kommissionsantrag einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Reichsbankpräsident a. D. Dr. Koch dankt im Namen des Hauses dem Präsidium für seine Tätigkeit.

Freiherr v. Mantuffel nimmt den Dank auch im Namen der Vizepräsidenten entgegen und schließt die Sitzung mit einem dreimaligen Hoch auf den König und Herrn.

Schluß 2 1/2 Uhr.

Gemeinsame Schlußsitzung beider Häuser des Landtags.

— Berlin, 25. Juni.

Um 5 Uhr versammelten sich die Mitglieder beider Kammern im Abgeordnetenhaus, um die königliche Vollmacht wegen des Schlußes der Session entgegenzunehmen. Kurz vor Beginn der Sitzung tritt das Staats-

ministerium unter Führung des Ministerpräsidenten Fürst Bülow den Saal.

Präsident des Herrenhaus Freiherr v. Mantuffel eröffnet die Sitzung um 5 Uhr und erteilt das Wort dem Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Fürst Bülow: Ich habe beiden Häusern des Landtags eine Allerhöchste Botschaft mitzuteilen: „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, haben auf Grund des Kapitels 77 der Verfassungsurkunde Unseren Ministerpräsidenten Fürsten Bülow beauftragt, die gegenwärtige Sitzung beider Häuser des Landtags Unserer Monarchie am 25. Juni in Unserem Namen zu schließen. Gegeben Kiel, am Nord N. J. „Hohenzollern“, am 24. Juni 1909. gez. Wilhelm, gegengezeichnet vom gesamten Staatsministerium.“ Ich habe die Ehre, dem Herrn Präsidenten die Urkunde zu übergeben. Auf Grund des mir erteilten Allerhöchsten Auftrages erkläre ich die Sitzung des Landtags für geschlossen.

Präsident Freiherr v. Mantuffel: Ehe wir auseinandergehen, vereinen wir uns in dem Ruf: Unser allergnädigster Kaiser und König Wilhelm II., König von Preußen, er lebe hoch!

Das Haus stimmt dreimal in den Hochruf ein. Schluß 5 Uhr 5 Minuten.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser sandte von Kiel folgendes Telegramm an den Bürgermeister Dr. Burchardi: „Soeben erhalte ich die Meldung, daß der Staatsvertrag zwischen Preußen und Böhmen über die Regelung der unteren Elbe heute auch im Herrenhaus angenommen worden ist. Möge dieses Abereinkommen, ein Symbol gemeinsamen Strebens, der deutschen Schicksal zu neuem Segen gereichen.“

Am Sonntag vollendet der bekannte Reaktionsar Graf v. Mirbach-Soronitten, seit 1878 aktives Mitglied des Herrenhaus, von 1879 bis 1881 und von 1886 bis 1899 Mitglied des Reichstages, sein 70. Lebensjahr.

* Der Nachfolger im Kultusministerium. Daß der jetzige Handelsminister Delbrück zum Kultusminister ernannt werden solle, wird erneut dementiert.

* Ein neuer Seehandlungspräsident. Wirklicher Geh. Oberfinanzrat, Unterstaatssekretär im Finanzministerium v. Domböis wurde zum Präsidenten der Seehandlung unter Verleihung des Charakters als Wirkl. Geh. Rat mit dem Prädikat Erzellenz ernannt. Oberpräsidialrat Dr. Michaelis-Breslau wurde zum Wirkl. Geh. Oberfinanzrat und Unterstaatssekretär im Finanzministerium ernannt.

* Ein Beileidschreiben des Reichskanzlers zum Tode von Dr. Langerhans. Der Reichskanzler hat der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge an den Sohn des verstorbenen Dr. Langerhans nachstehendes Schreiben gerichtet: „Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, bei dem Hinscheiden Ihres Herrn Vaters den Ausdruck meiner Teilnahme entgegenzunehmen und ihn auch den anderen Hinterbliebenen übermitteln zu wollen. Die vorbildliche Hingabe, durch die der Entschlafene seine hervorragende Arbeitskraft in den Dienst des Gemeinwohls und besonders der Reichshauptstadt gestellt hat, sichert ihm ein ehrenvolles Andenken. Mit der Versicherung größter Hochachtung, Ew. Hochwohlgeborenen ergebener gez. Fürst Bülow.“

* Kein deutsch-türkisches Bündnis. Die Nachrichten über Verhandlungen zwischen Deutschland und der Türkei wegen eines eventuellen deutsch-türkischen Bündnisses sind unbegründet und haben den offensichtlichen Zweck, Mißtrauen gegen die deutsche Politik zu erwecken.

* Der preussische Speisewagenetats. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Über die Regelung des Verkehrs in den Speisewagen sind vielfach unzutreffende Ansichten verbreitet. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wiederholt die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Bestimmungen, welche der Minister der öffentlichen Arbeiten für die preussisch-berlinischen Staatsbahnen traf und kürzst daran folgende Bemerkung: Die Leser werden die Überzeugung gewinnen, daß es sich lediglich um die Abstellung von Mißbräuchen handelt, die mit der Zeit sich mehr und mehr sehr fühlbar gemacht haben. Von neuen Klassenunterschieden, Herbeiführung von neuen Klassenunterschieden (?) oder gar Schikanen gegen Reisende ist nicht die Rede. Derartige Aussagen wie wir kaum hinzuzufügen brauchen, niemals in der Absicht der Staatsbahnverwaltung. — So schreibt, wie gesagt — ein offizielles Blatt.

* Die Organisation des Hansabundes. Der Hansabund hat sich in Sitzungen, die vorgestern und gestern in Berlin stattfanden, konstituiert, einstimmig die Statuten genehmigt und drei Präsidenten und drei Vizepräsidenten gewählt, die Handel, Industrie und Gewerbe vertreten. Die Sitzungen des Hansabundes sind einstimmig festgestellt worden. Hiernach können als Mitglieder des Hansabundes aufgenommen werden: die Inhaber, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitglieder von gewerblichen, kaufmännischen oder industriellen Unternehmungen; ferner Handlungsgehilfen oder Betriebsbeamte derartiger Unternehmungen; weiter Innungen Innungsverbände und Innungsausschüsse und endlich Freunde der Bestrebungen des Hansabundes, die mit dessen jahungsmäßigen Zielen einverstanden sind. Vorstand des Hansabundes ist das Direktorium. An der Spitze desselben sollen drei Präsidenten stehen. Es ist beschlossen worden, daß einer dieser drei Präsidenten dem Handwerk entnommen werden soll. Außerdem sollen drei Vizepräsidenten gewählt werden. Bei sämtlichen Mitgliedern des Präsidiums soll zunächst Rücksicht auf eine Vertretung des Gewerbes, des Handels und der Industrie, bei den Vizepräsidenten überdies auch, soweit möglich, Rücksicht auf eine Vertretung der verschiedenen Teile des Deutschen Reiches genommen werden. Außer dem Direktorium besteht ein Ausschuss von mindestens 100 Personen, bei dessen Zusammensetzung zunächst den Interessen aller Kreise von Gewerbe, Handel und Industrie Rechnung getragen werden soll. Die Ernennung der einzelnen Mitglieder

der verschiedenen Gremien wird in kürzester Zeit erfolgen. Mit der vorläufigen Leitung der Geschäfte ist Herr Geh. Justizrat Dr. Kießer betraut. Die Bildung von Lokalkomitees und Ortsgruppen ist bereits in die Wege geleitet und an vielen Orten schon erfolgt. Die Beiträge für selbständige Gewerbetreibende sind auf mindestens 3 M. festgesetzt.

* Die deutsch-österreichischen Handelsbeziehungen. Die „Frankf. Ztg.“ berichtet aus Wien: Wenn wir recht unterrichtet sind, sollen in Bälde diskrete Verhandlungen zwischen den Regierungen angeknüpft werden, die im Interesse der Verstärkung des Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einer etwas duldsameren Handels- und Agrarpolitik die Wege ebnen sollen.

* Der deutsche Verein für Volksgesundheitswesen eröffnete gestern in Duisburg unter Teilnahme der staatlichen und kommunalen Behörden und zahlreicher Vertreter der Einzelvereine wie verwandter Organisationen seine diesjährige Tagung. Prof. Dr. Eberstadt-Berlin sprach über Beschaffung gesunder Wohnungen, Kreisarzt Dr. Bahr-Duisburg über die hygienischen Einrichtungen Duisburgs.

* Der Verbandstag der deutschen Reiseisen-Organisationen in Breslau beschloß debattelos, den Sitz des Generalverbandes bis Anfang Juli 1910 von Reutewied nach Berlin zu verlegen und wählte als nächstjährigen Tagungsort Cassel. Dem Verband gehören jetzt über 5000 Genossenschaften an.

* Bei den Streiktrawallen in Kiel wurden vier Streikende verhaftet. Das Eintreffen von 40 Schülern aus Berlin wird erwartet. Auf dem Kampfplatz wurden ein Revolver, sowie verschiedene Hüte und Kleidungsstücke gefunden. Der Kaiser, der noch in Kiel weilt, ließ sich Bericht erstatten.

Parlamentarisches.

nn. Der Seniorenkonvent des Reichstags trat während der gestrigen Plenarsitzung zusammen. Auf Wunsch der Konservativen und des Zentrums wurde beschlossen, heute Samstag sitzungsfrei zu lassen. Mit Rücksicht auf den katholischen Feiertag am Dienstag findet auch am Montag keine Sitzung statt. Mittwoch steht die Interpellation der Sozialdemokraten über die Lebensmittelsteuer zur Verhandlung. Dann wird der etwa noch ausstehende Rest des Finanzgesetzes, bezw. die von der Kommission hineingearbeiteten Steuervorlagen erledigt, worauf die großen Konsumsteuern folgen: Branntwein, Tabak und Bier. Man rechnet auf jede dieser Steuervorlagen nur einen Tag, so daß das Ende der Reichstagsverhandlungen etwa am 8. Juli zu erwarten ist.

Die Finanzkommission des Reichstags nahm die Stempelabgabe auf Schecks von 10 Pf. nach der Regierungsvorlage gegen die Nationalliberalen, Freisinnigen, Sozialdemokraten und Wirtschaftliche Vereinigung an, die auf Quittungen wurde jedoch abgelehnt, da hier auch das Zentrum dagegen stimmte. Der Rest des Scheckgesetzes mit den sich aus der Streichung ergebenden Konsequenzen wurde debattelos angenommen. Daß die Vorlage, betreffend Besteuerung der Feuerversicherungsquittungen, dann abgelehnt wurde, hatten wir in der Morgen-Ausgabe bereits mitgeteilt.

Rechtspflege und Verwaltung.

Personal-Veränderungen bei den Justizbehörden. Die Referendare v. Frankius, Dr. Bonn im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M. sind zu Gerichtsassessoren ernannt worden.

Heer und Flotte.

Personal-Veränderungen. Riechendorff, Kaserneninspektor auf Probe in Mainz, zum Kaserneninspektor ernannt. * Korfch, Rechnungsrat, Probianmeister in Genau, auf seinen Antrag mit Pension in den Ruhestand versetzt.

Der neue Kommandant von Helgoland. Konteradmiral Schröder wurde an Stelle des Konteradmirals Emsmann zum Kommandanten von Helgoland ernannt. Kapitän Sah erhielt die zweite Marineinspektion.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Bereitwilligkeit der Tschechen zu Zugeständnissen?

Im weiteren Verlaufe der Budgetdebatte im österreichischen Abgeordnetenhaus griff der Tscheche Stransky die Regierung, insbesondere den Finanzminister, wegen ihres Verhaltens gegen die Tschechen an. Er erklärte, daß die Tschechen trotz aller Unbilden bereit seien, den Deutschen die Hand zum Frieden zu bieten. Dieser Schritt sei jedoch nicht im Reichsrat, sondern nur in den Landtagen von Böhmen, Mähren und Schlesien möglich, wo die Tschechen unter Festhaltung an der vollen Gleichberechtigung und der Unzerstörbarkeit leit Böhmens zu gewissen Zugeständnissen an die Deutschen bereit seien. Abg. Pachet (deutschradikal) forderte die Regierung auf, sich für die parlamentarische Beratung des von ihr eingebrachten Sprachengesetzentwurfs einzusetzen.

Rußland.

Gestern vormittag 10 Uhr ist die Kaiserjacht „Standard“ mit dem Kaiser, der Kaiserin und den kaiserlichen Kindern an Bord von der Standardreed in See gegangen.

Frankreich.

Zolltarifdebatten in der Kammer.

In der Kammer wurde die Revision des Zolltarifs erörtert. Péron (radikal) verlangte Schutz der Industrie, namentlich des Schmiedehandwerks, gegen die Einfuhr aus Deutschland. Gérald (radikal) protestierte gegen die zu weit getriebene Schutzpolitik seitens der großen Wirtschaftsmächte, wie Nordamerika und Deutschland, und fügte hinzu, daß die aggressive Wirtschaftspolitik Deutschlands unter den Deutschen selbst auf Widerspruch stoße und nicht dazu angetan sei, die von den Staatsmännern gewünschte Annäherung zu erleichtern. Gérald forderte weiter den Abschluß von Handelsverträgen mit dem Ausland. Paul Boucour (radikal) forderte die Regierung auf, die Versiche-

rung zu geben, daß der Entwurf keinen Tarifkrieg, noch die Vernichtung der Weinkultur Frankreichs herbeiführen werde. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Soziale Fragen in der Kammer.

Die Deputiertenkammer fuhr gestern in der Debatte über die Interpellationen zur allgemeinen Politik fort. Faure's (Soz.) führte aus: Die Politik der Regierung beruhe auf Brutalität in der Unterdrückung, und ihre Unfruchtbarkeit in der Reformarbeit werde schließlich zu Revolten führen. Die gegenwärtige Gesetzgebung werde dem Lande keine Reformen bringen. Parlamentarismus und Kammermehrheit seien nichtredigiert, und es wäre zu wünschen, daß man im Parlament große Dinge und hochherzige Ideen fände, wie sie die Genies von der Art Wagners, Goethes und Viktor Hugos erfüllten, in denen alle Leidenschaften ihrer Völker vibrierten. Seit 20 Jahren habe Deutschland die Alters- und Krankenversicherung für die Arbeiter. Die städtischen Behörden des Deutschen Reiches hätten die Notwendigkeit erkannt, die großen öffentlichen Unternehmungen zu sozialisieren. Diese Reformen setzten sich in jedem Lande durch und die radikale Partei werde diesen Bergstrom nicht einzudämmen vermögen, sie werde vielmehr die sozialistischen Ideen in sich aufnehmen müssen. Die Sitzung wurde dann aufgehoben. Nächsten Donnerstag steht der Bericht der Marineuntersuchungskommission auf der Tagesordnung.

England.

Englische Luftschifferabteilungen.

Das britische Kriegsministerium steht im Begriff, eine Luftschifferabteilung zu bilden, ähnlich der Motorreserve-Kompagnie. Sie wird sich aus solchen Besitzern von Luftballons, Gleit- und Drachensiegeln aller Art zusammensetzen, die gewillt sind, ihre Luftfahrzeuge der Regierung im Kriegsfall zur Verfügung zu halten.

Der König empfing im Buckinghampalast die zu Besuch in London weilenden Mitglieder der russischen Reichsduma, die vom russischen Botschafter vorgestellt wurden. Der Führer der Deputation, Chomjakow, dankte dem König für seine huldvolle Begrüßung und für die auf Gegenseitigkeit beruhende friedliche Gesinnung sowie für die Sympathie, die ihren Besuch in London so angenehm gestalte.

Auf dem Presse-Kongress in London, der gestern seine Sitzungen wieder aufnahm, teilte Marconi mit, daß er etwa im August Vorbereitungen zur Errichtung von Stationen für drahtlose Telegraphie in allen Teilen des Reiches beendigt haben werde. Die Telegraphengebühren würden dadurch bedeutend ermäßigt.

Spanien.

Die Regierung beauftragt die französische Firma Astra mit der Herstellung eines lenkbaren Ballons für Ende des Sommers. Ferner betreiben auf dem Übungsfeld des Garnisonorts Guadajara Oberst Rojas und Hauptmann Garcia Antunes die eiligste Fertigstellung eines Kriegsbalkons eigener Erfindung.

Bulgarien.

Die langwierigen Verhandlungen zwischen der bulgarischen Regierung und den Vertretern der Orientbahnen wurden gestern in für die Orientbahn befriedigender Weise abgeschlossen. Bulgarien verpflichtet sich, das gesamte rollende Material an die Orientbahn zurückzustellen und als Ersatz für Inventar und Betriebseinnahmen seit der Wegnahme der ostrumelischen Bahnstrecken 2 100 000 Frank zu zahlen.

Türkei.

Die Albanesen.

Aus Saloniki wird gemeldet: Der hiesige Albanerklub protestierte beim jungtürkischen Zentralkomitee gegen die militärische Aktion in Albanien und drohte bei Fortsetzung des Blutvergießens eine allgemeine Revolution des Albanervolkes an. Der türkische Armeekommandant Dschawid-Bascha wurde von den Albanerstämmen Bitus-Rasmit und Hases umzingelt und ist in kritischer Situation.

Nach Blättermeldungen aus Verres haben dort die Griechen die türkische Flagge öffentlich beschimpft und sich darauf in die griechische Kirche geschloßen. Die Wahammedianer forderten von der Regierung Genugtuung, trotz wiederholter Aufforderung wurde die Auslieferung der Unruhestifter aber verweigert.

In Ischertowiska bei Janina entführten Griechen einen Bulgaren, nachdem sie dessen Tochter ermordet und seine Frau verwundet hatten. Die Gendarmerie verfolgte und umzingelte die Bande. Es kam zu einem Gefecht, wobei ein Gendarm und drei Komitasschi getötet und ein Gendarm und fünf Komitasschi verwundet wurden.

Mexiko.

Wie die „Correspondencia de Espana“ aus Tanager erzählt, soll die auf Befehl Muley Hafids erfolgte Vergiftung seines Bruders Muley Muhammed damit motiviert worden sein, daß Muley Muhammed beabsichtigt habe, Abd ul Asis wieder zum Thron zu verhelfen. Mehrere Notabeln, wie Asa ben Omar, El Glau und Mugi, sollen mit im Komplott gewesen sein.

Wie aus Fez vom 22. Juni gemeldet wird, bestätigt es sich, daß der Roghi zurückgegangen ist. Die scharifische Mahalla befindet sich gegenwärtig in Hejra Kabyla; sie hat sehr ernste Verluste erlitten. Ein neues Gefecht wird erwartet. Der Eindruck in der Stadt ist ein schlechter; man befürchtet Unruhen.

Persien.

Straßenkämpfe in Meshed.

Aber den Straßenkämpfe zwischen russischen Kosaken und persischen Revolutionären in Meshed wird noch gemeldet: Als drei Kosaken vom Bachtikonmando auf der russischen Diskontobank mit Proviant dorthin zurückkehren wollten, wurde ihnen dies von den Revolutionären, die daselbst Barrikaden errichtet hatten, verweigert. Der russische Generalkonsul ordnete daher an, daß der Befehlshaber des Konsulatskonvois drei Kosaken mit Proviant nach der

Bank schaffe, was zwei Offiziere mit vierzig Kosaken und einem Maschinengewehr ausführten. Unterwegs stießen sie auf eine Barrikade, auf der sich etwa 80 bewaffnete Revolutionäre befanden. Nach halbstündiger erfolgloser Unterhandlung mit den Revolutionären, welche sich weigerten die Kosaken durchzulassen, eröffneten die russischen Kosaken das Feuer, bahnten sich einen Weg zur Bank und lehrten ohne Verlust zurück. Die Verluste der Revolutionäre sind unbekannt.

Liberia.

Englische Kolonialübergriffe.

Der vorläufige Bericht der amerikanischen Presse über die Feststellungen der nach Liberia entsandten Regierungskommission übertrifft die für die Entsendung maßgebenden Befürchtungen. Danach annektierte die englische Kolonie Sierra Leone 350 Quadratmeilen des wertvollsten liberialischen Gebiets und vertrieb die liberialischen Beamten. Liberia befürchtet eine unrechtmäßige Verlängerung der Sierra-Leone-Bahn zur Ablenkung des Binnenhandels. Diese und andere Übergriffe schufen eine tiefgehende Feindschaft gegen England. Eine Teilkommission untersuchte die französischen Grenzverhältnisse und fand keine Übergriffe.

Luftschiffe und Aeroplane.

Die Überführung des „Zeppelin 1“ nach Mex. Die Abfahrt des Reichsluftschiffes hängt von der Wetterfrage ab und wird stattfinden, wenn die Observatorien „beständig“ melden. Die Fahrtrichtung ist über Stuttgart geplant, um die Schweizer Grenze zu meiden.

17. Bundestag deutscher Gastwirte.

sh. Darmstadt, 25. Juni.

Aber die neue Brauksteuervorlage referierten Kämpf-Leipzig und Treutler-Leipzig. Ersterer beantwortete ein Zusammengehen mit den Brauereien, letzterer besprach namentlich die Abwälzungsfrage. Er hielt die Beibehaltung der bisherigen Bierpreise für möglich, wenn eine Änderung der Eichordnung in der Form gestattet werde, daß eine Teilung nach Zwanzigsteln erlaubt werde. Es wurde schließlich ein Antrag des Bezirksvereins Breslau angenommen, wonach in einer Petition bei den zuständigen Reichsbehörden die Einführung der hundertstel Teilung bei Schanzgefäßen verlangt werden soll. Eine längere Debatte entspann sich über die Bekämpfung der Anmierenpesten, wozu eine ganze Reihe von Anträgen vorlagen. Angenommen wurden u. a. folgende Resolutionen: „Der Bundestag Deutscher Gastwirte spricht sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die Reichsregierung bis heute noch keine Vorlage zur Änderung des § 33 der Reichsgewerbeordnung eingebracht hat, trotzdem dieselbe schon für die verfloßene Winteression in bestimmte Aussicht gestellt wurde. Speziell der Antrag auf Streichung des Absatzes 2b des § 33, der die Errichtung von Teilkonzessionen in Ortschaften mit über 1500 Einwohnern ohne Prüfung der Bedürfnisfrage ermöglicht, soll nach unserem Wunsche nur dahin führen, daß an Stelle von ungeklärten Zuständen gesetzliche treten sollen.“ — Eine zweite Resolution lautet: „Der Bund Deutscher Gastwirte betrachtet die Anmierenpesten als einen Schandfleck des Gewerbes, zu deren Ausrottung die gesamte Kollegenschaft mithelfen muß. Regierung, Parlament und Polizeiverwaltung sollten mit allen Mitteln dem schändlichen Treiben der Anmierenpesten, Anmieren-Vars usw. entgegenzutreten. Von der Gesetzgebung verlangen wir gesetzliche Bestimmungen, die diese Pestbeulen in unserem Gewerbe wirklich zu vertilgen geeignet sind. Wir müssen aber auch darauf dringen, daß in dem Kampfe gegen die Anmierenpesten nicht gesetzliche Vorschriften erlassen werden, die das gesamte, also auch das anständige Gewerbe allgemein treffen. Wie wir in der Bekämpfung der Anmierenpesten unsere ganze Unterstützung im Interesse des Ansehens unseres Standes zusagen, so bitten wir, bei Erlaß von Gesetzen und Verordnungen in dieser Frage die Gastwirteorganisationen gutachtlich zu hören.“

Eine weitere, ebenfalls angenommene Resolution verlangt, daß in Zukunft Konzessionen nur dann erteilt werden sollen, wenn der Antragsteller mit dem Geschäftsführer identisch ist.

Zur Frage der Erlaubnis zum Ausschank von alkoholischen Getränken in Pensionen usw. folgender Antrag des Bezirksverbandes Frankfurt a. M. vor: „Der Bundestag wolle beschließen, beim Reichstag und den Landtagen anzufordern, daß die Konzessionierung der Privatpensionen, Privatstoffgebereien, Privatkaffee, Heime usw. denselben Vorschriften wie alle Wirtschaftskonzessionen unterworfen werde.“

Weitere Anträge wandten sich gegen die kommunale Besteuerung von Getränken.

Zum Thema Flaschenbierhandel wurde beschlossen, die bezügliche vorjährige Petition an den Bundestag über die Stellung des Flaschenbierhandels unter die Bedürfnisfrage und seine Konzessionierung zu erneuern.

Weiter beschäftigte sich der Bundestag mit der Frage der Veranlagung der Gebäudesteuer bei gewerblichen Räumen der Gast- und Schankwirte und nahm hierzu eine längere Resolution an, in der es heißt: „Der Bundestag Deutscher Gastwirte verhandelt zum wiederholten Male über die ungerechte Bewertung seiner gewerblichen Räume bei der Gebäudesteuer anderen Gewerben gegenüber. Die doppelte Belastung der zum Gastwirts-Gewerbe gehörigen Räume ist in keiner Weise gerechtfertigt. In erster Linie sind die in Bade- und Luftkurorten wohnenden Gastwirte dadurch benachteiligt, daß der größte Teil ihrer Räume den größten Teil des Jahres unbenutzt bleibt, und wäre somit der Nutzungswert hier herabzusetzen. Auch die Inhaber von Tanz- und Konzertsälen, sowie von Billardräumen haben nur wenige Tage im Jahr einen Nutzen von ihren gewerblichen Räumen. Da auch der in den Wirtschaftsräumen erzielte Verdienst oft sehr weit hinter dem anderen Gewerbe, deren gewerbliche Räume um die Hälfte bewertet sind, zurückbleibt, protestiert der 17. Bundestag Deutscher Gastwirte mit Entschiedenheit gegen eine derartige ungleiche Behandlung bei der Gebäudesteuer, um so mehr, als das Gastwirts-Gewerbe durch die Betriebssteuer, welche in vielen

Gemeinden noch durch Zuschläge von 200 und mehr Prozent erhöht wird, anderen Gewerben gegenüber schwer belastet wird. Der Bundestag erachtet die preussische Regierung, baldmöglichst eine Reform der Gebäudesteuer einschätzung vorzunehmen und bei derselben aus den angeführten Gründen die zum Gastwirtsgerwerb gehörenden Räume den Räumen anderer Gewerbe gleich zu behandeln."

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die private Stellenvermittlung im Gastwirtsgerwerb. Es wurde hierzu nach längerer Diskussion folgende Resolution angenommen: "Die dem Bunde deutscher Gastwirte angehörigen Verbände sind bereit, alle Bestrebungen zu unterstützen, die auf eine Abschaffung der privaten Stellenvermittlung im Gastwirtsgerwerb hinstreben. Die kostenfreien paritätischen Arbeitsnachweise mit einem Fachmann als Leiter sind vorzüglich geeignet, die geforderte Abschaffung der privaten Vermittlung vorzubereiten und die heutigen Missstände im Stellenvermittlungswesen teilweise zu beseitigen."

Der Bundestag beschloß sich weiter mit einer großen Reihe von internen Organisationsfragen. — Für die nächsten Tage sind eine Anzahl von Festlichkeiten geplant.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Wiesbaden, 26. Juni.

— Herzogin Max von Württemberg traf gestern mittag zum Besuch der Prinzessin Elisabeth zu Schaumburg-Lippe hier ein und kehrte mit dem Zug 6 Uhr 18 Min. nach Bad-Kauheim zurück, wo sie zur Kur weilt.

— Angekommene Gäste. Es sind hier eingetroffen: Oberpräsident der Provinz Hessen-Nassau Herr v. Scharfberg aus Cassel im „Hotel Rose“; Kammerherr Graf von Scharfberg aus Kalkhof im „Hotel Vier Jahreszeiten“; Prinz Ludwig zu Solms-Lich aus Weilburg im „Hotel Royal“.

— Post-Personalien. Verfehlt die Postassistenten Köhler von Borch nach Siersahn, Schaura von Borch nach Frankfurt. Gestorben Postverwalter a. D. Reab in Herzbach (Westerwald).

— Todesfall. Regierungs- und Geh. Baurat Ferdinand Winkler, der zuletzt Mitglied der Eisenbahndirektion zu Mainz war und seit einiger Zeit hier im Ruhestand lebte, ist gestern im Alter von 70 Jahren gestorben.

— Begrüßungsabend des Gewerbevereins. Zu Ehren der Delegierten der nassauischen Gewerbevereine zur Generalversammlung am Montag, den 28., und Dienstag, den 29. Juni, veranstaltet der hiesige Gewerbeverein am Sonntag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, in der Turnhalle Hellmuthstraße einen Begrüßungsabend. Ihre Mitwirkung haben in entgegenkommendster Weise zugesagt die aktive Turnerschaft des „Turnvereins“ (Rückturnen am Red und Verwandlungsgruppen), die Gesangsabteilung des „Turnvereins“, die eine Reihe von Männerchören unter der Leitung ihres Dirigenten, Herrn Organisten Schaus, zum Vortrag bringen wird, sowie Herr Hofkapellmeister Max Andriano, der erst kürzlich bei der Tagung der deutschen Architekten und Ingenieure mit seinem Rezitativmächtigen Triumphe feiern konnte. Die Musik stellt der „Wiesbadener Musikverein“. Zu der Veranstaltung sind die Mitglieder des Vereins mit ihren Angehörigen eingeladen. Die jedem Mitglied zugestellte Karte ist am Eingang vorzulegen.

— Landtags-Ersatzwahl im Unterlahnkreis. Nachdem das Mitglied des Hauses der Abgeordneten für den Wahlbezirk des hiesigen Regierungsbezirks (Unterlahnkreis), Landrat a. D. Dr. Heydweiller auf Haus Denzler bei Ems, sein Mandat niedergelegt hat, soll zufolge Anordnung des Herrn Ministers des Innern eine Ersatzwahl stattfinden. Zu diesem Zweck hat der Regierungspräsident den königl. Landrat Duderstadt zu Diez zum Wahlkommissar ernannt. Die Neuwahl der Wahlmänner an Stelle der seit der letzten regelmäßigen Landtagswahl durch Tod oder Verziehen aus dem Wahlbezirk oder auf sonstige Weise ausgeschiedenen Wahlmänner wird auf den 4. August d. J. und die Ersatzwahl des Abgeordneten auf den 13. August d. J. anberaumt.

— Verein Wiesbadener Presse (Ortsverband der Münchener Pensionsanstalt Deutscher Journalisten und Schriftsteller). In einer außerordentlichen Hauptversammlung erfolgte eine Neuwahl der beiden Vorsitzenden. Zum ersten Vorsitzenden wurde Herr A. Hegerhorts, politischer Redakteur des „Wiesbadener Tagblatts“, zum zweiten Vorsitzenden Herr Schriftsteller Wih. Jacoby gewählt.

— Früherer Schluß der Paketposthalter. Vom 1. Juli ab werden die Annahmestellen für Pakete ohne Verteilung bei den Zweigpostämtern 2 (Schälenhofstraße), 3 (Wismartring) und 4 (Tannußstraße) bereits um 7 Uhr abends geschlossen werden. Für Pakete, die bei diesen Postanstalten nach 7 Uhr abends zur Aufstufung kommen sollen, wird eine besondere Einlieferungsgebühr von je 20 Pf. erhoben werden. Die Paketannahmestellen der Postämter 1 (Luisenstraße) und 5 (Hauptbahnhof) bleiben nach wie vor bis 8 Uhr abends geöffnet.

— Westlicher Bezirksverein. Bekanntlich hatte der Westliche Bezirksverein seit einer Reihe von Jahren mit der Veranstaltung seiner Sommerfeste entschiedenes Pech, indem dieselben gewöhnlich verregneten. Im vorigen Jahre fiel es durch den Tod des Vorsitzenden ganz aus. Nun glaubt der Vorstand, an Stelle des Sommerfestes einen Familienabend setzen zu sollen, der bei schlechtem Wetter eventuell im Saal stattfinden kann. Für dieses Jahr ist diese Veranstaltung für Samstag, den 3. Juli, von abends 7 Uhr ab, in der Sommerfrische „Walded“ bei Stadtrat Thon vorgesehen.

— Verband der Detaillisten der Fuhrbranche. Eine gestern abend in das „Hotel Terminus“ hier berufene Versammlung der hiesigen, den Artikel „Damenpug“ führenden Firmen, zu der eine sehr stattliche Anzahl Interessenten erschienen war, hat einstimmig beschlossen, am hiesigen Platz einen Interessentenverband der Detaillisten-Fuhrbranche zu gründen, und haben sämtliche Anwesende sofort ihren Beitritt erklärt. Der Zusammenschluß will vor allen Dingen Stellung nehmen zu der neuen Gewerbenovelle, des ferneren ist aber auch die Gebahrung der Platzverhältnisse ins Auge gefaßt. In den konstituierenden Ausschuß wurden

nachstehende Damen und Herren gewählt: Zum 1. Vorsitzenden Herr Heinz Fried, zu dessen Stellvertreterin Fräulein Frieda Wolff, zum 1. Schriftführer Herr Fried. Schrader in Firma Marie Schrader, zum 2. Schriftführer Herr Paul Beaucellier und zum Schatzmeister Herr Emil Israel in Firma Gerstel und Israel.

— Bezirks-Schmiedetag. Der 7. Bezirks-Schmiedetag des Bezirksverbandes für die Provinz Hessen-Nassau und das Großherzogtum Hessen wird in den Tagen vom 7. bis 8. August d. J. hier abgehalten. Das Programm der Tagung lautet: Samstag, den 7. August: Vorversammlung; Sonntag, den 8. August: Hauptversammlung in der Hauptrestauration der Ausstellung. In den Verhandlungen teilnehmen können alle Schmiedemeister, Stimmrecht jedoch üben nur die Delegierten der dem Verband angeschlossenen Innungen aus. Nach Schluß der Versammlung: Besichtigung der Ausstellung und sonstiger Sehenswürdigkeiten. Behufs Feststellung der benötigten ermäßigten Eintrittskarten zur Ausstellung, sowie auch zur Erreichung sonstiger Vergünstigungen müssen Anmeldungen acht Tage vorher bei dem 1. Vorsitzenden des Verbandes, Schmiedemeister Ph. Kern-Wiesbaden, eingereicht werden, der auch nähere Auskunft erteilt.

— Der 21. Verbandstag des Verbandes der nassauischen landwirtschaftlichen Genossenschaften findet Sonntag, den 18. Juli 1909, vormittags 10½ Uhr, im großen Saale des „Hotel Bellevue“ zu Biebrich a. Rh. statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Verhandlungsgegenstände: Bericht des Verbandesdirektors über das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen und die Tätigkeit des Verbandes im Geschäftsjahr 1908; Vortrag über: „Die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Geschäftsstelle für Schlachtviehverkauf G. m. b. H. zu Frankfurt a. M.“, Referent: Herr Landwirtschafts-Inspektor Reiser-Wiesbaden; Vortrag über: „Die Verwertung der Elektrizität im landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Ausbarmachung auf genossenschaftlichem Wege“, Referent: Herr Obergerichtsrat Krukenberg vom Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, G. V., in Darmstadt. Auf Einladung der dem Verbande angeschlossenen drei Viebzüchter Genossenschaften, sowie aus Anlaß des 25jährigen Jubiläums des landwirtschaftlichen Konsumvereins e. G. m. u. H. dortselbst findet nachmittags ein Ausflug nach der königlichen Domäne Kettbergs-Aue bei Biebrich a. Rh. statt zwecks Besichtigung der baulichen Anlagen, Fohlenweiden und des Zuchtmaterials der Pferdezüchtgenossenschaft für den Stadt- und Landkreis Wiesbaden.

— Das Wohltätigkeitskonzert für den Musterverband, das Wiesbadener, Mainzer, Darnstädt und Frankfurter Musiker am Mittwoch in der Mainzer Stadthalle veranstalteten, hat eine Einnahme von ca. 3200 M. ergeben, der 2200 M. Ausgaben gegenüberstehen. Es werden demnach 1000 M. der Verbandsschatze zugeführt werden können.

— Die Zündhölzchen werden teurer! Noch haben die von der Steuerkommission des Reichstags beschlossenen Konsumsteuern keine Gesetzeskraft erlangt, und schon zeigen sich die Vorbereitungen zu jener ungeliebten Belastung, die namentlich die minderbemittelten Kreise unseres Volkes werden auf sich nehmen müssen. Mit den Zündhölzchen scheint der Anfang gemacht werden zu sollen, denn seit gestern verkaufen die Händler diese mit einem Aufschlag von 150 Prozent! Und die Begründung: die von der Kommission angenommene Zündholzsteuer können die Fabrikanten nicht tragen, folglich hat der Konsument sie auf sich zu nehmen. Und das schon jetzt, obzwar die Steuer noch nicht in Kraft gesetzt ist. Wahrscheinlich, eine „fürsorgliche“ Maßregel. Man sieht also, auf welch enormen Opfer sich das konsumierende Publikum gefaßt machen muß.

— Der Einsturz der Maschinenhalle auf dem Ausstellungsgebäude beschäftigte die hiesige Strafkammer. Ein Wirbelsturm, der Wiesbaden Ende Februar dieses Jahres heimsuchte, hatte auf dem Ausstellungsgebäude arge Verwüstungen angerichtet. Unter anderem riß er die große Maschinenhalle, die nahezu vollendet war, vollständig zusammen. Weil sie bei der Bauleitung, bezw. Ausführung des Baues, gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst verstoßen hätten, waren der Bauleiter Architekt A., sowie der Erbauer der Halle, Zimmermeister H., angeklagt. Nachdem einige Sachverständige sich dahin ausgesprochen hatten, daß eine Fahrlässigkeit weder auf Seiten des Architekten, noch des Erbauers vorliege, wurden beide freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

— Ein mysteriöser Vorfalle. Der bei einer deutschen Firma in London angestellte 24jährige Kaufmann Karl Gries hat am Freitag mit dem englischen Dampfer „Kopenhagen“ die Reise zu einem Besuch seiner Eltern in Frankfurt a. M. angetreten und ist seitdem spurlos verschwunden. Da der junge Mann bedeutende Ersparnisse mit sich führte, vermutet man ein Verbrechen. Die englische Kriminalpolizei hat die Untersuchung bereits eingeleitet.

— Falscher Kriminalbeamter. Vorgefunden am Freitag nach 10 Uhr ist ein Mann, welcher sich unter Vorzeigung eines wahrscheinlich imitierten Erkennungszeichens als Kriminalbeamter ausgab, unberechtigt in die Wohnung einer hiesigen achtbaren Dame eingedrungen, angeblich auf Veranlassung einer hiesigen Ehefrau, um Feststellungen zu machen. Auf wiederholtes Drängen erst gab er seinen Namen an. Wie sich später herausstellte, handelt es sich um den Angestellten eines hiesigen Privatdetektivbüros. Die Angelegenheit ist bereits der Kriminalpolizei übergeben, welche die Verfolgung aufgenommen hat.

— Großen Fleischdiebstahls. Die ein Burche eines hiesigen Metzgermeisters in dessen Kühlräumen im Schlachthaus seit geraumer Zeit verübte, ist man jetzt auf die Spur gekommen. Mit dem Dieb wurde auch dessen Helfer entlarvt, ein selbständiger Metzger mit Ladengeschäft, der sich auf diese Weise längere Zeit hindurch billiges Fleisch in erheblichen Mengen verschafft hatte. Die beiden Helfer wurden gestern von der Kriminalpolizei festgenommen und heute dem Gericht vorgeführt.

— Überfahren von einem Radfahrer. Schüler einer höheren Lehranstalt, wurde gestern nachmittags 5 Uhr ein ungefähr 3 Jahre altes Kind in der unteren Gneisenaustraße, und zwar derart, daß erst verschiedene Speichen des Hinterrades gelöst werden mußten, um das Kind aus seiner gefährlichen Lage zu befreien. Schwer verletzt wurde es

seinem Vater übergeben, der sofort der Polizei Anzeige erstatten wollte. Es wäre zu wünschen, wenn die Polizei gerade in diesem Stadtviertel den jungen Leuten etwas mehr Aufmerksamkeit schenken wollte. Ist doch in der letzten Zeit mehrfach beobachtet worden, daß hier förmliche Straßentennen verankert werden, wobei einer der Fahrer mit der Uhr in der Hand bereitsteht, um die Zeit festzustellen, in welcher seine Kameraden eine gewisse Strecke zurücklegen. Traurige Unglücksfälle, wie der vorerwähnte, sind dann in der Regel das Resultat eines solchen Unsinns.

— Lebensmüde. Vor einigen Tagen sprang ein junges Mädchen von dem Trajetschiff Mainz-Kastel über Bord und ertrank. Da nun seit diesem Tage die hier wohnende Emma Koller aus Ludwigshafen nicht mehr gesehen wurde und die Personalbeschreibung der Koller mit der Selbstmörderin übereinstimmt, so wird vermutet, daß beide identisch sind.

— Unfall. Gestern nachmittag stürzte der Zimmermeister Karl Jung von hier auf einer Treppe an der Schiersteiner Straße, wo er mit der Reparatur eines Hauses beschäftigt war, vom Gerüst und erlitt einen Bruch des rechten Fußes. Die Sanitätswache brachte den Verunglückten nach seiner Bestenstraße 23 belegen Wohnung.

— Submission. Die Vergabe der Glaserarbeiten zu den Kasernen-Neubauten für das Infanterie-Regiment Nr. 88 und das Fußartillerie-Regiment Nr. 3 in Mainz wurde dem Glasermeister Aug. Biers hier als leistungsfähiger Firma, obwohl sie nicht die Mindestforderung war, die Gesamtarbeit in Höhe von 50 000 M. übertragend.

— Die kgl. Preussische Baudeputation vergab 1. die Herstellung des Plattenfußbodens in dem Akkumulatorenraum des königl. Theaters an die Firma E. Köbig hier, 2. die Maler- und Anstreicherarbeiten am königl. Theater an die Firmen Roder u. Müller, S. Flug und J. Saenchen hier.

— Kleine Notizen. Das Fest der silbernen Hochzeit feierten am Sonntag, den 27. Juni, Herr Kaufmann Paul Sulzberger und Frau, geb. Beckstein, Moritzstraße 41. Das Jubelpaar ist zu gleicher Zeit seit 20 Jahren Begleiter des Wiesbadener Tagblatts. — Das gleiche Fest begehen am 28. d. M. Wegener Dr. David Bremsler und dessen Ehefrau, geb. Klippel, Moritzstraße 47.

Theater, Kunst, Vorträge.

— Kurhaus. Am morgigen Sonntag findet das Abendkonzert des Kurorchesters als Richard-Wagner-Abend statt. Es werden in dem Programm die „Meistersinger“, „Lohengrin“, „Rheingold“, „Walküre“, „Siegfried“ und „Götterdämmerung“ vertreten sein. Koncertmeister Kaufmann wird das von August Wilhelm für die Violine eingerichtete Preislied aus den „Meistersingern“ zum Vortrage bringen. — Am Dienstag ist Operetten- und Walzer-Abend des Kurorchesters. Am Mittwoch wird der erste Trompeter des Leipziger Gewandhaus-Orchesters Otto Kurt Schmeißer in den beiden Abonnementkonzerten der Kurverwaltung solistisch auftreten. Ein Beethoven-Abend mit besonders gewähltem Programm steht am Freitag, den 2. Juli, im Abonnement im Kurhaus bevor. — Graf v. Zeppelin jun. hat seine Zusage zu einem Vortrage im Kurhaus über „Die Entwicklung der Motorluftschiffahrt“ gegeben, den er durch zahlreiche Lichtbilder erläutern wird. Die Nachricht dürfte gewiß allgemeines Interesse erregen. Der Vortrag findet am Samstag nächster Woche, den 3. Juli, im großen Saale des Kurhauses statt. — Ein großes Gartenfest zu ermäßigtem Eintrittspreise, der auf 1 M., also die Hälfte des seitherigen Sonntagsspreises, reduziert ist, findet am Sonntag, den 4. Juli, dem Jahrestage der Unabhängigkeitserklärung Nordamerikas, im Kurgarten statt. Die Gartenfestkarte berechtigt während des ganzen Tages zum Besuche des Kurhauses. Die Veranstaltung wird mit einem amerikanischen National-Festkonzert verbunden sein.

— Residenz-Theater. (Spielplan.) Sonntag, den 27. Juni: „Mandoverlogen“, Montag, den 28.: „Im Alibi“, Dienstag, den 29.: „Die Frau vom Meer“, Mittwoch, den 30.: „Mandoverlogen“. — Vom 1. bis 31. Juli Gastspiel der Schauspiel-Gesellschaft des Direktors Paul Dinsmann Berlin. Donnerstag, den 1. Juli, abends 7½ Uhr: „Sedda Gabler“. Freitag, den 2., abends 7½ Uhr: „Demimonde“. Samstag, den 3., abends 7½ Uhr: „Die Hausenlerche“.

— Direktor Paul Dinsmann bringt im Residenz-Theater in der ersten Zeit zur Aufführung: „Sedda Gabler“, „Rosmerholm“, „Verliebt“ und „Demimonde“, worin Nina Sandow in der Hauptrolle partiiert. „Die Hausenlerche“ von Ernst v. Wildenbruch ist ebenfalls auf den Spielplan gestellt.

— Kunstsalon Altkaruss (Tannußstraße 6). Neu ausgestellt: Prof. G. Ferrarino + Rom „Der Ausflug der Gänse“, „Römische Campagna im Schnee“, „Benedicta, der alte Glodenturm“, „Studien aus Pompeji“, „Römische Landschaft“, „Straße von Capri“, „Riviera“, D. Figue 4 Portraits und zwei Portraitskizzen: John Tertius-London „Am Strand“, „Der Hafen“, „John Knox House“; A. Weinberger-München „Landschaft mit Birsch“.

— Galerie Wagner, Luisenstraße 9. Die Kollektiv-Ausstellung Rudolf Guden, welche fortgesetzt das lebhafteste Interesse des kunstsinigen Publikums erregt, wurde um folgende Arbeiten des Künstlers vermehrt: „Krankenschwester“, „Spanische Landschaft“, „Andalusische Ruine“, „Bäckerhölzer“, „Becher Gelb und Blau“, „Küchenschüssel“, „Wälderinnen“, „Vor Sonnenaufgang“, „Im Fuß-Sand“, „Ruhende Mädchen“.

— „Duldsamkeit“, heißt das Thema, über welches Herr Prediger Georg Weller am Sonntag, den 27. d. M., in der Erbauung der Deutschkatholischen (freireligiösen) Gemeinde predigt. Die Erbauung findet vormittags 9½ Uhr im Bürgerlaale des Rathauses statt. Der Zutritt ist für jedermann frei.



Der dem Trompeterkorps des Unteresselschen Feldartillerie-Regiments Nr. 31 aus Hagenu und seinem Dirigenten Günther vorgehende und am Donnerstag bereits beschäftigte gute Auf, sowie das Auftreten des amerikanischen schwarzen Violon-Virtuosen Valie Brown hatten gestern abend trotz ungünstiger Witterung ein zahlreiches Publikum auf den Konzertplatz der Ausstellung gelockt. Die 3er erwiesen sich auch in den Konzerten des gestrigen Tages ihres guten Aufwands würdig. Herr Obermusikmeister Günther ist ein feinsinniger Musiker, der seine Kapelle auf bemerkenswerter Höhe zu halten weiß. Um so mehr mußte es befremden, daß letztere nicht im Stande war, unter Leitung eines Trompeters die verhältnismäßig einfachen Lieder des amerikanischen Solisten zufriedenstellend zu begleiten. Selbst „Heil dir im Siegerkranz“ gelang vollständig „daneben“. Das sollte einer preussischen Militärkapelle nicht passieren. So viel Anpassungsvermögen müßte ein gut geschulter Musikkörper selbst einem der exotischen Solisten gegenüber, die sich manchmal „Extraktoren“ gestalten, bestehn. Wie Herr Brown mitteilt, ist ihm ein

solches Vergehen der Begleitung in Deutschland erst einmal passiert. Herr Brown tritt in einer indischen Kavallerieuniform auf. Seine Instrumente, Cornet à piston und eine ungewöhnlich lange Fanzarentrompete, beherrscht er auch in den schwierigsten Passagen und Läufen. Sein Anschlag ist rein, der Ton weich und einschmeichelnd; im Aushalten des letzteren leistet er Erfiaunliches. Herr Brown wird am Sonntag nochmals konzertieren. Freunde von musikalischen Genüssen, die man nicht täglich und überall haben kann, seien hierauf besonders aufmerksam gemacht.

Der Besuch der Ausstellung betrug am Freitag, den 25. Juni, 8432 Personen, davon waren 6753 Inhaber von Dauerkarten.

Raffanische Nachrichten.

ö. Hofheim i. L., 26. Juni. Morgen Sonntag findet hier das 8. Mittelrheinische Sängerbundesfest statt. Über 40 Vereine haben ihr Erscheinen zugesagt; 14 davon beteiligen sich an dem, mit dem Feste verbundenen Gesangswettstreite. Montags bildet dann ein großes Volksfest unter den alten Eichen hinter der Waldkapelle den Schluß.

i. Airberg, 26. Juni. Der Plan über die Errichtung einer oberirdischen Telegraphenlinie an der Straße von Neuho nach Limburg (Bahn) liegt bei dem Postamt zu Airberg von heute ab 4 Wochen aus.

W. Marienberg, 24. Juni. Der Königl. Landrat hat sämtlichen Lehrern des Kreises die vom Vorstande des Preussischen Landestriegerverbandes herausgegebene Schrift „Kriegsunterstützung“ zugehen lassen und sie in einem Aufschreiben aufgefordert, den in der Schrift niedergelegten Anregungen Unterstützung und Interesse entgegen zu bringen.

Aus der Umgebung.

= Mainz, 25. Juni. In der letzten Woche fanden auf dem großen Sande zu Mainz Flugversuche mit einer von den Herren Lichtenberg und Wolf erfundenen Flugmaschine statt. Das Modell, das eine Länge von 2 1/2 Meter und eine Breite von 2 Meter hat, blieb bei dem letzten Versuch in einer Höhe von 10 Meter 12 Minuten lang in der Luft, wurde aber, nachdem ein Flügel durch einen plötzlichen starken Windstoß beschädigt worden war, wieder heruntergeholt. Es werden augenblicklich noch einige Verbesserungen vorgenommen, und dürfte der nächste Aufstieg am 11. Juli erfolgen.

kr. Battenberg, 25. Juni. In dem heftigen Nachbarschaftlichen Streit um die Mühle der größte Teil des im vorigen Jahre neu erbauten Mühlenzweiges ein. Der Wirt und ein Photograph, welcher eine Aufnahme im Saale machen wollte, wurden beiseite geschleudert und kamen unter die herabstürzenden Trümmer zu liegen. Beide kamen wunderbarer Weise mit geringen Verletzungen davon. Ein weiteres Glück ist es, daß der Einsturz nicht zwei Tage früher erfolgte, wo eine große Kriegesversammlung im Saale abgehalten wurde. — Hier und in vielen Dörfern der Umgegend macht sich infolge der Trockenheit ein Wassermangel unliebsam bemerkbar, daß teilweise das Wasser der Ober entnommen werden muß.

* Mainz, 26. Juni. Rheingegel: 1 m 20 cm gegen 1 m 9 cm am gestrigen Vormittag.

Gerichtssaal.

* m. Königstein, 25. Juni. Das hiesige Schöffengericht hatte sich gestern mit der Selektionsklage zu befassen, die Herr Dr. A. von Schmitten gegen eine Anzahl Einwohner von Oberreifenberg anhängig gemacht hatte. Es waren etwa 40 Zeugen geladen, darunter die Vorstandsmitglieder des Gefamitannusklubs in Frankfurt, der Wohltätigkeitskommission des Klubs und Krankenschwestern aus Oberreifenberg und Schmitten. Das Gericht verurteilte die Angeklagten Bürgermeister B. zu 100 M. und den Gastwirt L. sowie den Einwohner E. zu je 20 M. Geldstrafe.

wb. Berlin, 25. Juni. Frau Kalau vom Hofe, die Gattin eines Majors a. D., die vorgestern und heute vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Berlin I wegen Betruges, Unterschlagung und einfachen Bankrottes sich zu verantworten hatte, begangen durch übermäßigen Aufwand, wurde schuldig erklärt und zu tausend Mark Geldstrafe, eventuell für je zehn Mark zu einem Tage Gefängnis verurteilt.

wb. Stuttgart, 25. Juni. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den 68 Jahre alten Oberamtspfleger Gottlieb Funt von Cannstatt wegen Unterschlagung von amtlichen Geldern in Höhe von 115 000 Mark zu einem Jahre und sechs Monaten Gefängnis sowie drei Jahren Ehrverlust. Die unterschlagene Summe ist gedeckt worden.

Sport.

Kieler Regatta.

wb. Kiel, 25. Juni. Heute vormittag um 10 Uhr begann bei gutem Wetter und gutem Wind die Wettfahrt des „Kaiserlichen Yachtklubs“ auf der Kieler Förde. In AI-Klasse starteten „Meteor“ mit dem Kaiser an Bord, „Samburg“, „Germania“. Es hatten sich insgesamt 30 Boote gemeldet. Zahlreiche Klottillen von Begleitfahrzeugen gingen mit der Regatta. Die Wettfahrt hatte folgendes Ergebnis: AI-Klasse: 1. Preis: „Germania“ (segelte 5 Stunden 56 Min. und 16 Sec.); 2. Preis: „Samburg“, weitere 2 Minuten später. Der Wind wehte aus Südwest, drehte aber nach Süden um, zeitweise herrschte eine vollständige Flaute. AI-Klasse: 1. Preis und Statuette: „Susanna“; 2-Meter-Klasse: 1. Preis: „Asta“; 15-Meter-Klasse: 1. Preis und Statuette: „Alice“; 12-Meter-Klasse: 1. Preis und Statuette: „Brand IV“; 10-Meter-Klasse: 1. Preis und Kommodore-Pokal: „Ariadne“, 2. Preis: „Orchis“, 3. Preis: „Stum II“; 7-Meter-Klasse, Schwertjachten: 1. Preis: „Hede“; 8-Meter-Klasse, Kauschoupreis: 1. Preis: „Adagio II“, 2. Preis: „Robena“, 3. Preis: „Dokk III“, 4. Preis: „Auna“, Agnes III“.

sr. Rennen zu Hamburg. Der zweite Tag des Derby-Rennings wartete am Freitag in dem Kriterium und dem Großen Hamburger Handicap mit zwei bedeutenden Ereignissen auf. Für das mit 15 000 M. ausgeschüttete Kriterium für 3-jährige war das Feld infolge des Hustens stark zusammengeschrumpft, nur sechs Pferde kamen in den Start. Der als Favorit gefahrene „Falkenfer“ führte durchweg und gewann leicht mit fünf Viertelängen gegen „Feil dir Licht“, nur einen Hals zurück edelnde „Milado III“. Das von 12 Pferden bestrittene Große

Handicap, das über die lange Distanz von 3200 Meter führte, brachte einen spannenden Endkampf und einen überraschenden Ausgang. „Cape Common“ hatte anfangs die Spitze, wurde aber bald von „Piccolo“ abgelöst, der das Feld bis in den Einlauf brachte, wo er zurückfiel. Zu dem nun in Front liegenden „Malise“ rückten „Noi Regre“ und „Sigismund“ auf, und unter den dreien entspann sich ein heftiger Kampf, aus dem Malise um einen Hals als Sieger hervorging, einen weiteren Hals zurück placierte sich „Sigismund“ als Dritter vor „Piccolo“ und „Zaniel“.

sr. Der Sieger der Radfernfahrt Berlin-Cöln, Friedrich Tacke-Cöln, ist ebenso wie sein Landsmann Roggenbrud, der Vierte des Rennens, wegen unzulässiger Unterstützung bei der Wettfahrt disqualifiziert worden.

Kleine Chronik.

Steinbrucharbeiterausstand. Wie das „Heidelberger Tageblatt“ meldet, sind 500 Steinbrucharbeiter in den Orten Wühlbach, Sulzfeld, Ochsenburg und Leonbrom wegen unerfüllter Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Die Opfer eines Tunnelsturzes. Von den bei dem Brüggwald-Tunnelsturz verschütteten Arbeitern wurden bis jetzt neun Tote und fünf Verletzte geborgen.

Geistlicher Wüstling. Das Landgericht Remmingen hat den 53-jährigen Geistlichen Egenbach aus Ichenhausen wegen fortgesetzter Sittenverbrechen, begangen an 40 Knaben im Beichtstuhl und in der Sakristei, zu 3 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Staatsanwalt hatte die Höchststrafe von 10 Jahren Zuchthaus beantragt.

Der Mädchenmord im New Yorker Chinenviertel. Chong Sing gab zu, daß er Leon bei Schließung des Koffers mit der Leiche der Elise Siegel half. Er hatte auch den Kampf zwischen Leon und dem Mädchen durch das Türfenster angesehen.

Schneegebirge in den Alpen. Die Jüge vom Gotthard treffen, wie vorgestern gemeldet wird, mit verschneiten Dächern ein. Bis herab nach Gurninellen (900 Meter) herrscht Schneegestöber. Die Alpen erleiden großen Schaden. In Unterschächen ist der Alpler Wittig durch eine Lawine getötet worden.

Große Hitze in New York. Die Hitzeplage in den östlichen Staaten von Amerika wird immer unerträglich. Das Geschäftsleben stockt. Die Temperatur stieg gestern auf 98 Grad Fahrenheit. 10 000 New Yorker halten sich nachts in den Parks auf. An der Seelüste ereigneten sich zahlreiche Hitzschläge, von denen viele tödlich verlaufen.

Eine Gasexplosion. Im Germanistischen Seminar der Universität Münster (Westf.), erfolgte gestern eine Gasexplosion. Der Seminardirektor März wurde getötet. Das Unterrichtsgebäude ist schwer beschädigt.

Im Ehescheidungsprozeß Gould in New York wurde dahin entschieden, daß Herr Gould schuldig befunden und verpflichtet wurde, an Frau Gould eine jährliche Rente von 36 000 Dollar zu zahlen. Verlangt waren 250 000 Dollar.

Eine Bergwerkskatastrophe. Wie aus Pittsburg gemeldet wird, hat in einer Kohlenmine der Cadawana-Gesellschaft eine Explosion stattgefunden, durch die etwa 150 Bergleute von der Außenwelt abgeschnitten wurden; es sind bereits mehrere furchtbar verstümmelte Leichen aufgefunden worden.

Letzte Nachrichten.

Neues Reichstagspräsidium in Sicht.

Berlin, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.) Wie unser Berliner HK-Korrespondent zuverlässig erfährt, wird der Zusammenbruch des alten Blocks und die feste Bildung des konservativ-merikanischen Kartells auch eine andere Zusammensetzung des Reichstagspräsidiums nach sich ziehen. Der freisinnige Vizepräsident Kaempf ist bereits von seiner Fraktion veranlaßt worden, seinen Rücktritt anzubieten. Nur Dr. Paasche schwankt noch. Man hofft aber, daß auch er in einigen Tagen die Konsequenzen ziehen wird, denn es ist selbstverständlich, daß die neue Mehrheit auch Anspruch hat, das Präsidium zu stellen. In der Finanzkommission hat die neue Mehrheit bereits das Präsidium gestellt. Der erste Präsident Graf Stolberg wird unter allen Umständen bleiben. Den ersten Vizepräsidenten wird das Zentrum stellen. Wer den zweiten Vizepräsidenten stellen wird, ist noch unsicher.

Kriegsstimmung in der Türkei.

hd. Saloniki, 26. Juni. In hiesigen Komitee- und Militärkreisen nimmt die Stimmung zugunsten des Krieges gegen Griechenland immer mehr zu. Im Innern des Landes werden zahlreiche Versammlungen abgehalten, die alle für den Krieg eintreten. Die Albanesen in Stutari boten 50 000, die Bulgaren 30 000 Freiwillige an.

Der verschwundene Herr Castro.

wb. Paris, 26. Juni. Der „Petit Parisien“ meldet, daß Expräsident Castro vor etwa 14 Tagen aus San Sebastian, wo er angeblich zu längerer Anwesenheit eingetroffen war, verschwunden sei.

Beendigung des Streiks der französischen Seelente.

wb. Paris, 26. Juni. Aus Marseille wird gemeldet: über 4000 eingeschriebene Seelente — wie bereits kurz gemeldet — hielten heute nacht eine Versammlung ab, in der ihnen mitgeteilt wurde, daß in elf Punkten eine Verständigung mit den Reedern erfolgt sei und daß nur noch die Frage des wöchentlichen Ruhetages der schiedsgerichtlichen Entscheidung harre. Die Versammlung beschloß, noch vor Erledigung dieses Punktes den Streik einzustellen. Man glaubt, daß die Arbeit noch im Laufe des heutigen Tages wieder aufgenommen werden wird.

Kontinental-Telegraphen-Kompagnie.

Paris, 26. Juni. Aus Parthenay (Departement Deux Sevres), wird den Blättern gemeldet, daß eine Kompagnie des 114. Regiments sich im Kasernenhof versammelt und die Internationale angenommen habe, um ihrem Groß gegen ihren Hauptmann Ausdrud zu geben. Der Regimentskommandeur habe die ganze Kompagnie mit Arrest bestraft.

Defeschbureau Scrold. Wien, 26. Juni. Aus Monastir wird gemeldet, daß zwischen dem albanesischen Präzidenten Albert Ghika und dem griechischen Zentralkomitee für Mazedonien in Monastir ein Übereinkommen zur Inzenerierung eines gemeinsamen Aufstandes der türkischen Griechen in Albanien erzielt worden sei. Prinz Ghika habe dem albanesischen Komitee eine halbe Million zur Verfügung gestellt.

Budapest, 26. Juni. Geheimrat Lukacs erhielt die Berufung zum Kaiser und ist nachts nach Wien abgereist, wo er heute in Audienz empfangen wird.

Bern, 26. Juni. Der französische Militärattaché Morner wurde vor einigen Tagen von einem schweizerischen Blatte beschuldigt, sich auf unfaire Weise Informationen über schweizerische Bahnen verschafft zu haben. Trotzdem diese Behauptung von dem Vertreter des Ressorts, Ober Müller, dementiert wurde, hält sie das Blatt aufrecht und verlangt von der französischen Regierung die Abberufung des Militärattachés oder Widrigleaus der gegen ihn erhobenen Vorwürfe.

hd. Paris, 26. Juni. Eine neue Skandal-affäre beschäftigt die hiesigen Gerichte. In den letzten Tagen wurden über 30 Personen wegen Verleitung minderjähriger Kinder zu objönen Darstellungen in Haft genommen. Auch eine Anzahl angesehener Photographen und Bilderhändler ist in der Affäre kompromittiert.

hd. Mährisch-Odrau, 26. Juni. Bei der Einfahrt der Mannschaft in den Salomon-Schacht stieß die Förderseile so heftig auf den Boden, daß sämtliche Inhaber verletzt wurden, darunter sieben schwer.

wb. Madrid, 26. Juni. Durch eine Explosion schlugen der Bettler wurden auf der Elisa-Grube in Belmed (Provinz Cordoba) 11 Bergleute getötet und 6 schwer verwundet.

Letzte Handelsnachrichten.

Telegraphischer Kursbericht.

(Mitgeteilt vom Bankhaus Pfeiffer u. Co., Langgasse 16.)
Frankfurter Börse. 26. Juni, mittags 12 1/2 Uhr. Kredit Aktien 199.60, Diskontokom. 184.90, Dresdener Bank 152.20, Deutsche Bank 241, Handelsgesellschaft 171, Staatsbahn 155.60, Lombarden 21.30, Baltimore und Ohio 115.40, Welsenkirchen 177.50, Bochumer 227.80, Harpener 188.70, Laurahütte 181.10, Türkenlose 145.20, Nordd. Lloyd 89.70, Hamb. Amerika-Paket 116.75, 4proz. Russen 86.50, Bödnig 171.75



Öffentlicher Wetterdienst.

Wettervorausagen

für den 27. Juni:

der Dienststelle Frankfurt a. M.
(Meteorolog. Abteilung des Physikal. Vereins):
Wolkig, geringer Regen, kühl, westliche Winde.

der Dienststelle Weilburg
(Landwirtschaftsschule):
Veränderliche Bewölkung und noch Regenschauer, doch etwas wärmer.

Genaueres durch die Frankfurter und Weilburger Wetterarten (monatl. je 50 Pf.), welche am „Tagblatt-Haus“ Langgasse 27 täglich angeschlagen werden.
Die Wettervorausagen sind außerdem in der Tagblatt-Haupt-Agentur Wilhelmstraße 6 und in der Tagblatt-Zweigstelle Bismarckring 29 tägl. ausgehängt.

Meteorolog. Beobachtungen. Station Wiesbaden.

25. Juni.	7 Uhr morgens	2 Uhr nachm.	9 Uhr abends.	Mittel.
Barometer auf 0 u. Normalhöhe	748.7	749.1	750.0	749.3
Barometer a. d. Meerespiegel	738.8	739.2	740.1	739.4
Thermometer (Celsius)	13.5	16.4	13.0	14.3
Luftspannung (Millimeter)	8.9	9.9	9.7	9.5
Relative Feuchtigkeit (%)	77	71	83	78.7
Windrichtung	SW. 3	SW. 2	SW. 1	—
Niederschlagshöhe (Millim.)	1.3	0.8	—	—
Höchste Temperatur (Celsius)	18.1	Niedrigste Temperatur	9.8	—

Auf- und Untergang für Sonne (☉) und Mond (☾).

(Durchgang der Sonne durch Süden nach mitteleuropäischer Zeit.)

Juni.	im Süden	Aufgang	Untergang	Aufgang	Untergang
	Uhr Min.	Uhr Min.	Uhr Min.	Uhr Min.	Uhr Min.
27.	12 30 4	20 8	39 2	14 9. 1	7 9.
28.	12 30 4	21 8	39 3	22 9. 1	23 9.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 10 Seiten

und die Beilage „Der Landbote“.

Verantwortlicher Redakteur: Hr. Wolff und Handel: H. Egerhardt; für Redaktion, Druck und Vertrieb: Hr. J. Kalsier; für Wiesbadener Nachrichten: Hr. G. Posander; für Wollauische Nachrichten, Aus der Umgebung und Gerichten: Hr. C. Tiefenbach; für die Anzeigen und Bekanntheit: Hr. G. Posander; Druck und Verlag der L. Schellensberg'schen Hof-Druckerei in Wiesbaden.